

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Großhain, am 5. August 1920.

Postfachamt Leipzig 2120.

Für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 180.

Donnerstag, 5. August 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (und bis 9 Uhr vormittags) aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für bis 43 mm breite, 3 mm hohe Druckzeilen (7 Spalten) 1.10 Mark, 1.10 Mark, 1.— Mark; zeitweiser und tabellarischer Satz 1/2, Aufsatz, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 50 Pf. feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Werschnitzige Unterhaltungsbeilage „Lächler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dönnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Hände unter den Schafen des Rittergutsbesizers E. A. Rudolph auf Promnitz ist erloschen. Großhain, am 3. August 1920. Die Amtshauptmannschaft.

Maul- und Klauenseuche.

- In den Gchöften
- des Rittergutes Voberken.
- des Richard Otto in Reppis Nr. 11.
- der Veriba verm. Otto in Reppis Nr. 19 und
- des Hermann Wäite in Zwandberg Nr. 11

ist Ausbruch der Maul- und Klauenseuche bezirksärztlich festgestellt. In 1. wird als Sperrbezirk der Ort Voberken bestimmt. Für den Sperrbezirk gelten die Vorschriften in §§ 162 bis 168 der Bundesratsausführungsbestimmungen zum Viehschutzgesetz vom 7. Dezember 1911 — Seite 83 des Gesetz- und Verordnungsblattes 1912.

II. Nachdem nunmehr die Orte Raffeböhla und Queria wieder frei von Maul- und Klauenseuche sind, werden die Orte Raffeböhla, Zabeltitz, Walda, Kleinthiemig, Staup-

Uebiqu, Queria, Brodwin, Fölsberg, Kalkreuth, Mühlbach, Schönfeld, Lampertswalbe aus dem Sperrbezirk bzw. Beobachtungsgebiet herausgelassen, verbleiben aber weiter in dem Sperrbezirk.

Der nach § 168 der genannten Bundesratsvorschriften gebildete Schutzkreis, zu dem bisher sämtliche Ortsteile des Bezirks der Amtshauptmannschaft Großhain gehörten, wird demnach verkleinert, daß der Amtsgerichtsbezirk Hadeburg frei wird. Die Grenze des Schutzkreises schließt nach Osten mit den Ortsteilen Sada, Wölschen, Cunnersdorf, Heinersdorf, Lauterbach und Steinbach, die sämtlich noch mit in den Schutzkreis fallen, ab.

Großhain, am 4. August 1920. Die Amtshauptmannschaft.

Vierbeinlich- und Wurfverkauf (verschiedene Sorten) bei Herrn Albert Mehlhorn in Gröba

am Freitag, den 6. August 1920, vorm. von 10 Uhr ab auf die Nummern 1-2000 der roten Anzeigekarte. Gröba (Elbe), am 5. August 1920. Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 5. August 1920.

— **Zuckererteilung.** Durch Einsparung von Zucker bei der Marmeladenherstellung ist es ermöglicht worden, zu dem bereits freigegebenen 1/2 Pfund Einmachzucker ein weiteres 1/2 Pfund Einmachzucker auf den Kopf der Bevölkerung zu Verfügung zu stellen. Die Verteilung erfolgt nach den gleichen Grundfähen und unter den gleichen Bedingungen, wie die Verteilung des bereits ausgegebenen Einmachzuckers.

— **Erhöhung der Brotation.** In der Reichsgeldverteilung besteht, wie das „Berliner Tageblatt“ erklärt, die Absicht, die Brotation von 1900 auf 2000 Gramm zu erhöhen, falls die Endergebnisse den Schätzungen entsprechen.

— **Auszeichnung.** Herrn Paul Neumann, Schützenstr. 29, hier (im Felde 1. Komp. Reserve-Jäger, Btl. 25), wurde unterm 31. Juli d. J. das Eisener Kreuz 2 Klasse verliehen.

— **Der neue Landkalkmeister.** Der bisherige Remontepelzeur Oberst a. D. Ernst August von der Wense, wohnhaft in Dallwitz, ist vom 1. ds. Mts. an zum Landkalkmeister mit dem Dienstsitz in Morchburg berufen worden.

— **Einigung im Landarbeiterkreis.** Die gestern unter dem Vorsitz eines Vertreters des Wirtschaftsministeriums geschlossenen Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Landarbeitertarifs haben bereits zu einer Einigung beider Parteien über die Höhe der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter geführt. Der Regierungsbezirk wird danach wie bisher in drei Zonen zerfallen. Man ist dahin übereingekommen, den Stundenlohn der männlichen Arbeiter auf 2,60 M., den der Arbeiterinnen auf 1,40 Mark festzusetzen und ihn in den landwirtschaftlich ungünstiger gestellten Teilen des Regierungsbezirks entsprechend abzulassen. Zum Barlohn wird wie bisher auf die Zeit von insgesamt fünf Erntewochen ein 15%iger Zuschlag gewährt. Neben dem Barlohn werden Deputate gegeben. Die Vertreter der beteiligten Arbeiterorganisationen haben es übernommen, die Arbeiter unverzüglich zur Erheerfassung der Arbeit anzuregen. Ebenso haben die Vertreter der Arbeitgeber zugestimmt, dafür einzutreten, daß Nachregelungen bezüglich der Arbeitsvermittlung unterbleiben. Die Verhandlungen werden Anfang nächster Woche fortgesetzt.

— **Besprechung mit Dr. Reinhold.** Bei dem sächsischen Finanzminister Dr. Reinhold fand gestern in seiner Wohnung eine Besprechung statt, zu der der Minister Vertreter der Stadt Leipzig, der Handelskammer, des Bundes Deutscher Verkehrsvereine, des Verkehrsvereins Leipzig und der Presse geladen hatte. Dr. Reinhold äußerte sich zu den schwebenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen. Zur Frage des Mittelstandsanfalls hat sich Preußen für die Mittellinie ausgesprochen. Sachsen hält aber an der Südlinie fest und ist deswegen mit Braunschweig beim Reich vorläufig geworden, daß die Linienführung noch einmal geprüft werde. Vom Reich soll verlangt werden, daß die Frage noch in diesem Jahre erledigt werde. Zu der Erörterung neuer Kohlenfelder bei Leipzig teilte der Minister mit, daß nächste Woche mit der Erörterung der Braunkohlenfelder bei Böhlen begonnen werde. Hier hoffe man, drei Millionen Tonnen Braunkohlen zu fördern. Diese sollen ein großes Elektrizitätswerk speisen, das ganz Westsachsen mit elektrischer Kraft versorgen soll. Ebenso wird das Döhlitzer Werk bei Leipzig baldigst angegeschlossen werden. Die hier liegenden Braunkohlen sollen nur dem Hausbrand zugeführt werden.

— **Ueberführung von Kriegerleichen.** Das Zentral-Nachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber, Berlin NW, Dorostoenstr. 48, gibt infolge der sich häufenden Gesuche um Ueberführung der irdischen Reste gefallener deutscher Soldaten aus dem Ausland in die Heimat hiermit öffentlich bekannt: Die deutsche Regierung würdigt durch das Gefühl der Pietät, die zahlreiche Angehörige von Kriegesgefallenen den Wunsch begreifen lassen, ihre toten Toten in heimischer Erde bestattet zu sehen. Mit Rücksicht auf die noch immer bestehenden außerordentlichen Beschränkungen, den Mangel an Material für die Beinhaltung, die infolge des niedrigen Standes unseres Geldes unverhältnismäßig hohen Kosten und den damit verbundenen starken Geldabfluß in das Ausland, sowie aus sozialen Gründen und wegen der bisher abblehrenden Haltung der früher feindlichen Regierungen ist sie jedoch bis auf weiteres leider nicht in der Lage, solchen Austrägen stattzugeben. Auch können Ausnahmen nicht zugelassen werden. Das Gleiche gilt von der Ueberführung von Kriegerleichen aus

Deutschland in das Ausland. Jede Venderung dieser Entscheidung wird sofort öffentlich bekannt gegeben werden.

— **Das 11. Bettin-Bundesfest.** Das in Annaberg vom 1. bis 8. August abgehalten wird, weist eine überaus starke Beteiligung aus ganz Sachsen auf. Die ganze Stadt war zum Einmarsch der Schützenvereinigungen am Sonntag festlich geschmückt und prangte im Flagen-schmuck. Mittags erfolgte die feierliche Uebergabe des Bettin-Bundesbanners. In der Haupt- und Delegierten-versammlung, sowie in der anschließenden Hauptversammlung der Bettin-Jubiläum-Stiftung wurde u. a. zum Vorliegenden wieder Stadtrat Dr. Lehmann-Dresden einstimmig gewählt.

— **Der Verkauf „lofer“ Bralinen ist ver-boten.** Das Wirtschaftsministerium schreibt: Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß vielfach in Stadofoladen gezeigte Bralinen in losem Zustande zum Verkauf aus-gestellt werden. Demnach scheint nicht allgemein bekannt zu sein, daß die Hersteller und Händler lofer Bralinen gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen. — Das Landespreis-amt möchte nicht unterlassen, an dieser Stelle darauf hin-zuwelnen, daß Bralinen nur mit besonderer Genehmigung der Reichszuckerstelle hergestellt und in den vorgeschriebenen Kleinhandelspackungen von 1/2 und 1 Pfund in den Handel gebracht werden dürfen. Die Packungen müssen mit 1. Namen und Sig des Herstellers, 2. Netto-Inhalt, 3. Preis, 4. Zeit der Herstellung, 5. Genehmigungsnummer und An-lagebuchnummer der Reichszuckerstelle versehen sein. Die Zusammenlegung der Bralinen ist für die Genehmigungs-pflicht bedeutungslos, also auch aus handelsfreiem Material hergestellte Bralinen sind genehmigungspflichtig. Auch Aus-landsbralinen, deren Einfuhr allgemein nicht genehmigt wird, dürfen nur in von der Reichszuckerstelle genehmigten Kleinhandelspackungen in den Handel gebracht werden. — Alle Bralinen in anderen als den gesetzlichen Packungen sind daher abzuweisen, da solche der Beschlag-nahme verfallen und Hersteller wie Händler sich strafbar machen.

— **Entschädigung für Postpakete.** Durch das Gesetz vom 6. Mai, betreffend Vorkauf des § 9 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871, ist der Höchstbetrag der Vergütung für den Verlust oder die Beschädigung gewöhnlicher Pakete von 3 M. auf 10 M. für jedes Pfund der ganzen Sendung fest-gesetzt worden. Hierfür ist dem allgemeinen Wunsch, diese Entschädigung entsprechend dem gemeinsamen Geldwerte zu erhöhen, Rechnung getragen und dem Publikum Gelegen-heit gegeben worden, sich wieder mehr der billigeren Ver-sendungsart als gewöhnliches Paket zu bedienen.

— **Annahmestellen für Wertpapiere und bare Vorauszahlungen bei Ent-richtung des Reichsnotopfers.** Als Annahmestelle für Schuldverschreibungen und Schapanweisungen des Deutschen Reichs, die zur Entrichtung des Reichsnotopfers an Zahlungsort hingetragen werden sollen (§ 43 Abs. 1, 2, 3, 4 und 6 des Gesetzes über das Reichsnotopfer vom 31. Dezember 1919, R.-G.-Bl. S. 2189), ist die Ober-finanzkasse zu Dresden, R. Wasserstraße 5, be-kannt worden. Zur Annahme lediglich von selbstgezeich-neten Schuldverschreibungen und Schapanweisungen der Reichsanleihen des Deutschen Reichs (§ 43 Abs. 1 des Ge-etzes) sind ferner im hiesigen Bezirk die Sparkassen Verbis-dorf (Bez. Dresden) und Großhain ermächtigt worden. Weiter nehmen, gleich den Reichsbankanstalten und den Finanzstellen, bare Vorauszahlungen auf das noch nicht veranlagte Reichsnotopfer (§ 41 des Gesetzes) im Bezirk des Finanzamts Großhain die Sparkassen Verbisdorf (Bezirk Dresden) Gröbä, Großhain und Hadeburg und im Bezirk des künftigen Finanzamts Riesa die Sparkassen Gröbä und Strebla an. Wegen der außerdem noch beauf-tragten, in anderen Bezirken gelegenen Sparkassen, die Reichsnotopfer in Ansehbekunden oder bar annehmen, wird auf die Bekanntmachung des Landesfinanzamts Dresden in Nr. 175 der Sächsischen Staatszeitung hingewiesen, es er-zeielt aber auch das Finanzamt (Bezirkskasseneinnahme) Großhain hierüber Auskunft. Vordrucke zu Anträgen auf Entrichtung des Reichsnotopfers in Schuldverschrei-bungen oder Schapanweisungen des Deutschen Reichs sind bei den Annahmestellen und den Finanzämtern erhältlich. Wegen Ausstellung von Bescheinigungen über Selbstzeich-nungen usw. haben sich die Abgabepflichtigen an die Zeichnungs-(Vermittlungs-)Stellen, nötigenfalls an die Finanzämter zu wenden.

— **Vorküberwachung zur Bekämpfung der Kapitalflucht.** Die „Deutsche Allg. Zeitung“ schreibt: Bureit wird die Vorküberwachung nach der alten Ver-ordnung geübt, darf sich aber nicht auf militärische und politische Angelegenheiten ausdehnen, sondern dient lediglich

als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Kapitalflucht nach dem Auslande. Die zuständigen Stellen sind beauf-tragt, durch den Ueberwachungsdiensst keinerlei Verzögerung oder Behinderung des Postverkehrs nach dem Auslande zu ver-ursachen.

— **Weinbauliches aus Sadien.** Nach Mit-teilungen des Sächsischen Landesobsts- und Weinbauvereins ist der Stand der Weinberge und Traubenanlagen allgemein gut. In den ersten Mai- und Juniwochen sind einige tiefe Fagen von leichtem Reif berührt worden. Demwurmschaden sind aufgetreten, doch konnte durch rechtzeitige Bekämpfung großen Verlusten vorgebeugt werden. Veronospora hat sich bis Mitte Juli nur in einigen Weinbergsorten gezeigt, da-gegen macht sich Oidium mehr bemerkbar und ist nament-lich an Vortuglietern und in tieferen Lagen trotz bereits dreimaligem Schwefeln nicht restlos beseitigt. Die Witterung, wechselnd Regen mit warmen Tagen, war der Ausbreitung des Pilzes günstig. Die Weizen haben bereits beträchtliche Größe und führen das Säugen der Trauben herbei. Der Weizenwuchs ist lebhaft. Die in der Weinbau-anstalt Hofschönitz angepflanzten winterharten unterland-sächsischen Weizen haben sich auch in diesem Sommer bis jetzt sehr gezeit. Der Stand der Hebschule ist gut. Der Handel mit hiesigen Weinen.

— **Die Maul- und Klauenseuche ist am 31. vorigen Monats im Freistaat Sachsen insgesamt in 218 Gemeinden und 763 Gchöften amtlich festgestellt wor-den. Der Stand am 15. Juli dieses Jahres war 216 Ge-meinden und 655 Gchöfte. — Aus dem Wirtschaftsmini-sterium wird geschrieben: Mit der Zunahme der Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche mehren sich wie früher schon, so auch jetzt wieder die Anstrengungen aller möglichen Mittel und Verfahren zur Vorbeugung, Bekämpfung und Heilung dieser Seuche. Die Anstrengungen richten sich zum Teil un-mittelbar an den Tierbesitzer, dem vielfach die sorgsamsten Vorbeugungs- und Heilmittel durch Agenten und Hausierer angeboten und zu in der Regel recht hohen Preisen ver-abfolgt werden. Demgegenüber ist darauf hinzuwirken, daß es zur Zeit weder ein Vorbeugungs-, noch ein Heilmittel gegen Maul- und Klauenseuche gibt und auch solange nicht geben wird, wie man den Erreger dieser Krankheit nicht kennt. Deshalb ist es nutzlos, beim Klauenwies irgend welche Medikamente oder Behandlungsverfahren zu dem Zwecke anzuwenden, die Tiere hierdurch vor der Seuche zu schützen, oder, wenn sie schon daran leiden, die Krank-heit bei ihnen zu heilen. Das sächsisch indessen nicht aus, daß sich unter gewissen Umständen eine Behandlung von an Maul- und Klauenseuche erkrankten Tieren nötig macht. Sie hat sich gegen die Erscheinungen der Seuche zu richten und soll vor allem verhindern, daß sich Verschlimmerungen einstellen, durch die unter Umständen selbst das Leben der Tiere gefährdet wird. Ob das der Fall ist und ob aus diesen Gründen eine Behandlung maul- und Klauenwies-kranker Tiere nötig erscheint, vermag nun natürlich nur der Tierarzt zu entscheiden. Dieser allem kann erkennen, nach welchen Richtungen hin die natürlichen Abwehrvor-richtungen des erkrankten Tieres, gegen die Wirkungen des Ansteckungshoffes der Seuche unterhütet werden müssen, und welche Mittel hierzu angesetzt sind. Von diesen tomen insbesondere Herzmittel mit in Frage, weil der Seuchenerreger mit den Giften namentlich die Herzmuskel an-greift. Dies geschieht schon verhältnismäßig frühzeitig nach Ausbruch der Seuche und nicht selten gerade bei Tieren, die sonst gar nicht besonders auffällig krank er-scheinen. Und mit Rücksicht hierauf möchte ein vorzüg-licher Besitzer von an Maul- und Klauenseuche erkrankten Tieren, insbesondere von Kindern, nicht unterlassen, be-zeiten einen Tierarzt hinzuzuziehen, um eine schnellere Abheilung der Seuche zu erzielen und namentlich auch Ver-lusten von Tieren durch Tod oder Wertschätzung nach Möglichkeit vorzubeugen. Jede andere Behandlung der seuchenerkrankten Tiere mit Geheimmitteln, und mögen sie durch noch so viele Zeugnisse empfohlen werden, veran-lacht nur unnötige Geldausgaben.**

— **„Künstlerische Schaubühne“ des Säch-sischen Künstlerbundes.** Am 5. September beginnt die „Künstlerische Schaubühne“ ihre auf neun Monate be-rechnete Winterpielzeit mit einem auf 30 Theaterabende erweiterten Spielplan. — Der Reiseplan ist bis mit 30. Mai 1921 festgelegt und konnten nur diejenigen Städte berücksichtigt werden, deren Anschlußerklärung rechtzeitig eingegangen war. In Riesa beginnt die erste Spielwoche am Freitag, den 24. September mit der Aufführung des fünfaktigen Lustspiels „Der Widerspenstigen Zähmung“ von William Shakespears. — Sonnabend, den 25. September „Der Pfarrer von Kirchfeld“, Volksstück in 4 Akten von Ludwig Anzengruber. — Sonntag, den 26. September „Der Raub der Sabinerinnen“, Schwanz in 4 Akten von

Frans und Paul von Schönhan. — Montag, den 27. September „Jugend“. Ein Liebesdrama in 3 Akten von Max Halbe. — Dienstag, den 28. September „Jahrmart in Pulsnitz“. — Donnerstag, den 29. September „Korn“. Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen. — Donnerstag, den 30. September „Das Kind“. Eine Kognenbeder Komödie von Ottomar Cohn. Letzte Vorstellung der ersten Spielreihe am Freitag, den 1. Oktober: „Das Konzert“. Auf- und ab in 3 Akten von Hermann Bahr. Die zweite Spielreihe in der Zeit vom 6. bis mit 13. Februar 1921 wird mehrere acht Vorstellungen bringen. Zur Bequemlichkeit für die Besucher werden für jede Spielreihe Mietarten zu bedeutend ermäßigten Preisen ausgeben. Die Platzmiete ist unpersönlich, die Mietarten können also beliebig weitergegeben werden. Als weitere Annehmlichkeit werden es die Platzmieter empfinden, daß besondere Plätze und Einzelkarten als Mietarten ausgeben werden, so daß Gewerkschaften und andere Vereinigungen, sowie größere Betriebe eine Anzahl Mietartenplätze entnehmen und die Karten für jede einzelne Vorstellung an ihre Mitglieder oder Angestellten zu ermäßigten Preisen beliebig abgeben können. Damit erübrigen sich alle bisherigen Gutscheine und Ermäßigungen. Den Mitgliedern des S. K. D. B. werden bei Entnahme von Mietarten besondere Vergünstigungen zugestanden. Die Eröffnung des Vorverkaufes wird im Angebotsheft unseres Blattes rechtzeitig bekannt gegeben.

Freigabe von Seifenpulver. Seifenpulver wird vom 1. August 1920 ab ohne Karten an die Verbraucher abgegeben werden, ebenso kommen die Bezugsscheine für Industrieseife in Fortfall. Nur die Abgabe des für den gewerblichen Bedarf bestimmten losen Seifenpulvers bleibt einer gewissen Kontrolle unterworfen, indem sie nicht ohne Zustimmung des Überwachungsamtes der Seifenindustrie erfolgen darf. Gleichzeitig sind die Bestimmungen über die zusätzliche Versorgung von Schwerarbeitern usw. und über die Versorgung des Barbiergewerbes mit Seife aufgehoben worden.

Mit der Frage der Demokratisierung der Verwaltung beschäftigt sich kürzlich eine Konferenz von Mitgliedern der Volkshammer, der Beamtenvereinigungen und des Personalamtes im Ministerium des Innern. Das Ergebnis der Beratung ist in Verträgen zusammengefaßt, die den beteiligten Körperschaften zur Nachprüfung überwiesen wurden. Sobald das Ergebnis der Stellungnahme der Beteiligten dem Minister bekannt ist, wird eine weitere Aussprache stattfinden. Der wesentliche Inhalt der Verträge ist folgender: Bei Beratungen in leitenden Stellen können nur Bewerber in Frage, deren Verlässlichkeit außer jedem Zweifel steht, Berücksichtigung finden. Die Staatsnotwendigkeit in besonderen Fällen Abweichung vom Personalprinzip (Verwaltungsprinzip, Ablegung der vorgeschriebenen Prüfung), so ist mit der Beamtenvereinigungen zu suchen. Für die Verfertigung spezifischer Arbeiterfragen bei größeren Behörden ist die Anstellung von Beamten aus Arbeiterkreisen zu prüfen. Politische Vertrauensmänner der Arbeitervereinigungen sind in unmittelbarer Verbindung mit den Regierungsstellen herzustellen. Beamtenvereinigungen können solchen Vertrauensmännern nicht zu. Das Personalamt und die Personalreferate sind im Geiste der demokratischen Verwaltung zu versehen und zu führen; jedoch ist eine Politisierung dieser Stellen abzulehnen. Die Auftragsmöglichkeit ist zu erleichtern und im Einzelfalle Fortbildungsmöglichkeit zu geben. Angehörige der reichsrechtlichen Regelung der Beamtenverwaltung sind der wichtigsten Veränderungen in der Stellenbelegung die Beamtenvereinigungen zu hören. Der Frage der Beamtenämter ist näher zu treten. Damit haben die unmittelbaren Sachleute und Interessenten ihre Auffassung über die Reform des inneren Verwaltungsapparates Ausdruck gegeben, es ist zu hoffen, daß nunmehr die Reform der Verwaltung in Gang gehalten wird bis zu ihrer endgültigen Lösung im demokratischen Sinne. Die nachstehende von uns unterzeichnete Seite verläutet, wird gegenwärtig die Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten nach zwei Seiten hin geprüft: Errichtung einer besonderen Beamtenakademie oder eines Lehrstuhls an der Volkshochschule. Der letztere Vorstoß ist bereits mit dem Vorstande der Dresdner Volkshochschule beraten worden.

Die Lage in Zittau. Bei der gestern früh in allen Betrieben des Zittauer Bezirks stattgefundenen Urabstimmung wurden bis mittag 1 Uhr 5854 Stimmen für und 7697 Stimmen gegen den Streik abgegeben. Nach dem Gesamtergebnis müßte die Arbeit heute früh wieder aufgenommen worden sein. Da jedoch die Zittauer Arbeiterschaft überwiegend für den Streik stimmte, ist dies fraglich. Die organisierte Arbeiterschaft wolle erst die gestrigen Nachmittagsverhandlungen abwarten, in denen folgende 4 Forderungen aufgestellt werden sollen: 1. Alle Verhafteten freizulassen. 2. Die Reichswehr Mittwoch abend von Zittau abzuführen. 3. Die Sicherheitswehr in die Kasernen zurückzuführen. 4. Die Aufhebung des Belagerungszustandes. Sollte keine Einigung erzielt werden, so will man den Generalstreik fortsetzen. — Eine spätere Meldung besagt: Bei der Urabstimmung ergab sich folgendes Resultat: Zittau-Land 9941 Stimmen gegen, 6813 für den Streik. Zittau-Stadt 4797 gegen und 5595 Stimmen für den Streik, jedoch sich also rund 14.400 Stimmen gegen und 12.000 für den Streik ergaben. Da sowohl für Ablehnung als für Annahme des Streiks eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist, finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern statt. — In einer Mitteilung aus der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei heißt es u. a.: Die von den Terroristen nach Wien, dem blauen Grund und anderen Zentren der Radikalen entlassenen Kuriers sind dort auf den Widerstand der Arbeiterschaft gestoßen. Die einsichtigen Arbeiter wissen erfreulicherweise, daß sich ökonomische Gesetze und wirtschaftliche Verhältnisse nicht durch urchinige Wünsche ändern lassen, wissen, daß man die Lage der Arbeiterschaft nicht dadurch bessert, daß man im äußersten Stipfel des Landes einer Hand voll Unwissender und Leichtfertiger Gelegenheit gibt, mit der Gewalt zu spielen. Diese Kuriers haben deshalb weder die erbetenen Waffen, noch die Zusicherung auf Ausdehnung der Unruhen erhalten. — Wie die „Zittauer Morgenpost“ mitteilt, haben die Unabhängigen und das Gewerkschaftsamt die Arbeiterschaft ermahnt, auf Grund des Abstimmungsergebnisses heute Donnerstag die Arbeit wieder aufzunehmen. — Zu dem Einmächtig der Truppen bemerkt das genannte Blatt: Die Truppen kamen, das muß festgestellt werden, in einem psychologisch sehr ungünstigen Moment, denn es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß ihr Erscheinen nicht gerade beruhigend und befriedigend auf die eben etwas zur Vernunft gekommenen radikalen Teile der Arbeiterschaft gewirkt und so sicher das Ergebnis der Abstimmung beeinflusst hat, die, wie man annehmen muß, wohl härter gegen die Fortsetzung des Streiks votiert hätte, wenn ihr das militärische Schauspiel nicht gerade in diesem Augenblicke vorgeführt worden wäre. Die Bewegung, die das Erscheinen dieser Truppen in der Arbeiterschaft mit sich brachte, war natürlich nicht zu verkennen und führte besonders auf dem Lande, mehrfache zu Unannehmlichkeiten, so daß dieser einigmal von Hoffnungen geträumt werden mußte. In bestimmten Fällen ist es aber erfreulicherweise nicht ge-

kommen. In einer Versammlung erklärte der Vorsitzende der unabhängigen sozialistischen Landesorganisation Woltke, Leipzig, daß der Regierungskommissar Otto Schulz-Dresden verprochen habe, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die herangezogenen Reichswehrtruppen und die Landespolizei mit Ausnahme der in Zittau garnisonierten 200 Mann sobald als möglich zurückgezogen würden, wenn die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen würden. Woltke gab ferner bekannt, daß die meisten verhafteten Unabhängigen bereits entlassen seien, daß die verhafteten Unabhängigen Busch und Dreyer ebenfalls sofort entlassen würden, und daß man sich auch noch für die Entlassung der verhafteten Kommunisten verwenden werde, soweit da nicht besondere strafbare Handlungen vorliegen. — Die „Zittauer Morgenpost“ wendet sich gegen die in einigen Zeitungen anzutreffende gefälschte und sensationelle Berichterstattung über die Zittauer Vorgänge.

Trepitz. Kürzlich verunglückte ein beim Getreidefahren der vierjährige Sohn des Gutbesizers Bahng. Er stürzte von der Delle und wurde überfahren.

Wohnen. Eine Glanzleistung vollbrachte hier, wie der „Völkischer Anzeiger“ meldet, der Diensthund des Gendarmenwachmeisters Siebold-Wirna. In der Nacht zum Sonnabend war in die Schankwirtschaft von Emilie Johne eingebrochen und ein Kasten Bier aus dem Werte von über 1500 Mark geklaut worden. Der hiesige Gendarmenwachmeister hatte sofort Verdacht auf zwei Gäste, die tags vorher die Schankwirtschaft besucht hatten. Er zog zur Verfolgung der Spur den Wirnar Gendarmen-Diensthund hinzu. Dieser nahm, obwohl schon wieder viel Begangnis gewesen war, eine Spur auf und verfolgte sie etwa zwei Kilometer weit bis nach Uterwalde in ein Haus, in dem der Dieb, ein 21 Jahre alter Feigarbeiter aus Zugau, sich beschuldierte aufhielt. Er war auf dem Heimweg nach Uterwalde noch in ein eingestiegenes Grundstück eingedrungen und hatte aus einem Gartenhaus Betten und Kleidungsstücke entwendet. Die Bierkasten und sämtliche andere geklauten Sachen wurden bei ihm vorgefunden; er kam in Haft.

Baue n. Auf dem Schwernemacke ging es heiter und vergnügt zu, weil das Wirtschaftsministerium die Bestimmungen über die Ankaufbeschränkungen für Ferkel und Küstlerkühe bis zu 25 Kilo Lebensgewicht aufgehoben hat und nun zum ersten Male die Ferkel frei gehandelt werden konnten. Die Interessenten hatten es nicht unterlassen, ein Wirtstreffen zu beschließen, das nun zum Ergebnis der Nachbarschaft lustige Begebenheiten lief. Auch der Chor „Von danket alle Gott“ ist angekommen worden. Die Polizei zog die Verantwortlichen zur Rechenschaft, weil diese das Ständchen nicht angemeldet und die Vergnügungsteuer dafür noch nicht entrichtet hatten.

Mittweida. Der Vlk schlug in das Lagerhaus einer Bauknecht der Bahndienststraße. Es entwickelte sich daraus ein gefährliches Großfeuer, dessen mächtige Feuerzungen die gegenüberliegende Aktienbrauerei, sowie andere dicht dabei befindliche Gebäude bedrohten.

Freiberg. In den hiesigen Fortbildungsschulen ist für Schüler aller Berufe das Praktikum eingeführt worden. Für Fortbildungsschülerinnen besteht der Lernzweck vorläufig noch nicht, da bisher die Mädchen noch nicht zum Besuch der Fortbildungsschulen gemungen sind. Mit der Einführung des Fortbildungsschulzwangs sollen auch für die Mädchen obligatorische Turnstunden eingeführt werden.

Strosch. Ein seltenes Jagdwild hatte Herr Gutbesizer B. in Remnitz. Er erlegte an der Elster einen Fischeiter, dessen Flügelspannweite 1,80 Meter betrug. (Nur) denn aber jedes seltene Tierexemplar, das ein Jäger antreffe, gleich niedergeknallt werden?)

Barnsdorf. Unglaublicher Waldbrand wurde in den letzten Tagen in den Stechfeldern zwischen Kumburg und Reigersdorf verübt. Gegen 300 bewässerte Leute begannen Freitag nacht große und kleine Bäume umzufällen. Die Sicherheitswehr war machtlos. Nur mit Mühe konnte verhindert werden, daß die Schaulente verbrannt wurden. Am Sonnabend und Sonntag ging es weiter. Ganze Strecken sind schon gestohlen. Man erwartet Mittwoch.

Die internationale Steuerlast.

Die „Wirtschafts-Warte“ schreibt: Solange die Geschäfte dröhnten, haben die meisten Böker sich wenig um die Frage gekümmert, wie das sozialistische Riesenunternehmen des Weltkrieges bezahlt werden würde. Statt eine gesunde Finanzpolitik zu treiben, welche fordert, daß man die Ausgaben eines Staates möglichst durch ordentliche Einnahmen und nicht durch Schulden decken soll, hat man die Kriegsausgaben vornehmlich auf dem Anleihewege gedeckt. Das täuschte einen nicht vorhandenen unerlöschlichen Volkseinkommen vor und ließ die Steuerzahler in dem Glauben, der Krieg sei ein rentables Geschäft. Die Staatsschulden stiegen ins Phantastische und endlich kam es doch, wie es kommen mußte: die Steuerlast begann sich zu drehen, erst langsam und zaghaft, dann immer schneller. Aus dieser bösen Entwicklung der Dinge suchten sich die „Sieger“ im Weltkriege durch eine diktorische Abwälzung ihrer Kriegslasten auf die, bezw. den „Besiegten“ zu retten, ein Verfahren, dessen Wert ihnen selbst nachgerade recht fragwürdig erscheint und nach der tatsächlichen Lage auch erscheinen muß. Daß jeder der Beteiligten ein Interesse daran hat, andere für sich zahlen zu lassen, geht aus den nachstehend aufgeführten Zahlen über die Steuerbelastung auf den Kopf der Bevölkerung in Mark hervor, wie sie der englische Finanzminister kürzlich im Unterhause mitteilte:

Zeitraum:	England	Deutschland
1. 4. 13—31. 3. 14	70	31
1. 4. 19—31. 3. 20	426	—
1. 4. 20—31. 3. 21	440	444
1. 7. 18—30. 6. 14	27	43
1. 7. 18—30. 6. 19	152	107
1. 7. 19—30. 6. 20	198	—
	Frankreich	—
1918	83	—
1919	167	—
1920	300	—

Die Beträge für das laufende Finanzjahr sind nur geschätzt und dürften namentlich für Deutschland nach der endgültigen Festlegung der Schadenersatzleistungen an die Entente noch erhöht werden! Auch für Italien wird sich die Quote für 1920/21 ganz wesentlich über das Niveau des Vorjahres erheben. Die Vereinigten Staaten stehen verhältnismäßig am günstigsten da, was bei der Rolle dieses Landes im Weltkriege nicht Wunder nehmen kann. Den Gegenpol bildet Deutschland. Frankreich ist nur sehr wenig besser dran, denn der größte Teil der geplanten Steuerbelastung ist noch nicht wirksam geworden, weil man an der Seine immer noch auf die deutschen „Entschädigungen“ zur Entlastung des eigenen Steuerhaushalts wartet. Ob mit Recht? England müßte der Quote nach gleich hinter Deutschland genannt werden. Aber in einem armen Lande wiegt die Steuerlast ein Mehrfaches von der in einem Lande mit den wirtschaftlichen Wurzeln des britischen Weltreiches. Und dann hat Wilson immer den sehr gefunden Grundsatze befolgt: Staatslasten möglichst bald durch Schaffung entsprechender Einnahmen zu decken. Während bei uns das scharfe Anzeichen der Steuerlast erst ganz allmählich kam, hat England seinen Bürger schon bald nach Kriegsbeginn in steigendem Maße lasten auferlegt.

Die Zahlen reden eine ernste Sprache. Das ist die Kriegsbilanz, die jetzt unumkehrlich fällig ist. Sie zeigt aber auch, daß auf dem Wege der Steuererhebung allein die Schulden nicht zu tilgen sind. Der Staat muß nach anderen Einnahmequellen Umschau halten. Aber auch dann wird die Steuerlast, namentlich für uns, schwer unentrichtlich bleiben.

Der Lohnabzug.

Mit dem 1. August ist ein neues Gesetz über den Lohnabzug in Kraft getreten. Auch die vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind schon erlassen worden. Nach den neuen Bestimmungen gilt nun folgendes:

1. Zum Lohn ist hinzuzurechnen der Wert der Naturalbezüge, z. B. Kost und Wohnung. Die Höhe dieses Wertes wird durch die einzelnen Landesfinanzämter festgesetzt und feinerzeit bekanntgegeben werden. Bis zu dieser Regelung sind die Naturalbezüge einzuziehen mit dem Werte, der sich aus den Lohnabzugsvereinbarungen ergibt. So solche Vereinbarungen nicht bestehen, sind die vom Versicherungsamt festgesetzten Brutto-Gehälter maßgebend. Jedoch ist bis zu der Festlegung durch das Landesfinanzamt als Wert von Natural- und Sachbezügen kein höherer Betrag als 5 Mark für den Tag, 30 Wk. für bis Woche und 126 Mark für den Monat anzunehmen. — Als Arbeitslohn gelten Löhne, Gehälter, Befolgungen, Tantiemen, Gratifikationen oder sonstige für Arbeitsleistungen gewährte Bezüge sowie Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für früherer Dienstleistung oder Berufstätigkeit.

2. Die Beträge für Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Anwesenheits-, Invaliden- und Erwerbslosen-Unterstützungskassen sowie für Witwen-, Waisen- und Pensionenkassen und Beiträge zu öffentlichen Berufs- und Wirtschaftsvereinigungen können vom Arbeitslohn abgesetzt werden, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Löhnen des Arbeitnehmers verrechnet werden.

3. Bei Arbeitnehmern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet ein Abzug vom Arbeitslohn nicht statt.

4. Der Steuerabzug wird nicht mehr vom ungarischen Lohne, Wochen- oder Monatslohn vorgenommen. Es bleiben vielmehr gewisse Teile des Lohnes vom Steuerabzug frei. Diese Teile sind zu berechnen, daß die sozialen Ermäßigungen des Einkommensteuergesetzes bereits beim Steuerabzug berücksichtigt werden. Vom 10 prozentigen Lohnabzug bleiben frei: bei Tagelohnberechnung 5 Mark für den Tag sowie 1,50 Mark für die Ehefrau des Arbeitnehmers und für jedes zur Haushaltführung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind; bei Wochenlohn 30 Mark für die Woche sowie für die Frau und jedes minderjährige Kind je 10 Mark; bei Monatslohn 125 Wk. für den Monat und je 40 Mark für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind. — Uebersteigt unter Berücksichtigung dieser Ermäßigungen der Lohn, auf das Jahr umgerechnet, die Summe von 15.000 Mark, so werden 15 Prozent erhoben; geht Lohn oder Gehalt über 30.000 Mark, so kommen 20 Prozent Gehaltsabzug in Frage, bei mehr als 50.000 Mark 25 Prozent usw., bis bei Beträgen von jährlich über 1 Million 55 Prozent des Gehalts oder des Tantiemes abgezogen werden.

Der Arbeitgeber hat bei jeder Lohnzahlung festzustellen, ob der Arbeitslohn unter den vorgenannten Bedingungen die bezeichneten Grenzen überschreitet. Bei der Umrechnung des Arbeitslohnes auf ein Jahr ist das Jahr mit 800 Arbeitstagen, 50 Wochen oder 12 Monaten anzunehmen zu lassen, sofern nicht nach der Art der Arbeitstätigkeit eine kürzere Beschäftigungsdauer für das Jahr anzunehmen ist (z. B. bei Saisonarbeitern).

Wenn also beispielsweise ein verheirateter Arbeitnehmer mit vier Kindern nach Abzug der obengenannten Beiträge zur sozialen Versicherung 750 Mark Monatslohn bezieht, so berechnet sich der Steuerabzug folgendermaßen: Es sind zunächst 125 Mark abzusetzen und weiter 5 mal 40 = 200 Mark für die Ehefrau und 4 Kinder, so daß insgesamt 325 Mark dem Steuerabzug nicht unterliegen. Es bleibt dann noch für den Steuerabzug eine Summe von 431 Mark, von der 10 Prozent einzubehalten sind. Das würde 43 Mark 10 Pfennig ausmachen. Jedoch ist in den Ausführungsbestimmungen vorgeschrieben, daß der Betrag auf volle Mark nach unten abzurunden ist. Für das Steuerjahr 1920 werden ihm somit, da der Abzug erst seit dem 25. Juni 1920 in Kraft ist und er daher in diesem Jahre bei Monatslöhnen nur für 10 Monate erfolgt, 433 Mark einbehalten. Das steuerpflichtige Einkommen für 1920 berechnet sich dagegen auf mindestens 4200 Mark, wovon für 1920 488 Mark an Einkommensteuer demnach zu entrichten sind.

Ober ein anderes Beispiel: Ein unverheirateter Steuerpflichtiger bezieht einen Wochenlohn nach Abzug der Versicherungsbeiträge in Höhe von 200 Mark. In diesem Falle sind 30 Mark abzusetzen, so daß nur von 230 Mark der 10 prozentige Abzug gemacht zu werden braucht. Wird der Abzug in diesem Jahre für 40 Wochen (vom 25. Juni 1920 ab) gemacht, so werden dem Arbeitnehmer insgesamt 920 Mark einbehalten. Bei einem steuerpflichtigen Einkommen von rund 11.500 Mark hat er aber für 1920 demnach 1756 Mark Einkommen zu zahlen.

Ueber die Kohlenversorgung Sachsens

Der Leiter der Kohlenausgleichs-Dresden, Herr Regierungsrat Kramer, in Nr. 44 der „Sächsischen Industrie“, amtliches Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, einen ausführlichen Bericht, der sich auf die Brennstoffherzeugung bei den vom Kohlenausgleich Dresden beauftragten Kohlenbetriebern einrichtet und der in den oben erwähnten Kohlenbetriebern in Vergleich gestellt mit dem letzten Friedensjahre und dem letzten Kriegsjahre und es ergibt sich dabei, daß im Vergleich zu dem letzten Friedensjahre der Rückgang vom November 1919 bis Juni 1920 zwischen 14,4 Prozent und 27,7 Prozent schwankte. Im Vergleich zum letzten Kriegsjahre schwankte dieser Rückgang zwischen 6,8 Prozent und 26 Prozent. Für Britiens weisen die Monate November und Dezember 1919 einen Rückgang von 5,1 und 2,6 Prozent gegenüber dem letzten Friedensjahre auf, während in den Monaten Januar bis Juni kein Rückgang, sondern eine Steigerung, die im Monat zwischen 17,175 und 120,021 Tonnen schwankte. Der Rückgang gegenüber dem letzten Kriegsjahre betrug im November 1919 12,8 Prozent, im Dezember 1919, Januar und Februar 1920 war kein Rückgang, sondern eine kleine Steigerung zu verzeichnen, im März, April, Mai 1920 schwankte der Rückgang zwischen 3 und 9,8 Prozent, während im Juni wiederum eine Steigerung zu verzeichnen war. Die Einfuhr böhmischer Braunkohle hat in allen Monaten seit dem November 1919 einen Rückgang gegenüber dem letzten Friedensjahre erfahren, der zwischen 190,618 und 347,781 Tonnen schwankte. Dasselbe Bild ergab sich in Bezug auf böhmische Braunkohle beim Vergleich gegenüber dem letzten Kriegsjahre, nur, daß der Rückgang da geringer erscheint, er schwankte zwischen 22,199 und 169,787 Tonnen. Bei Britiens ergab sich wiederum sowohl gegenüber dem letzten Friedensjahre, sowie dem letzten Kriegsjahre eine höhere Erzeugungsdifferenz, die aber auch diesmal, wie schon früher in einem ähnlichen Bericht erwähnt, in der Hauptsache von der deutschen Erzeugungsleistung in Bezug in Anspruch genommen wurde. Infolge des Produktions-

Erhaltung war notwendig auch die Vervollständigung der Konsumgüter eine unzureichende. Die vier hauptsächlichsten Verbrauchsgruppen wurden wie folgt beliefert:

Staatseisenbahn zwischen 87,5 und 96,9 Prozent Jahresbedarf in Eisenbahnen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zwischen 68 und 80,9 Prozent, Industrie zwischen 45,7 und 54,9 Prozent, Hausbrand zwischen 37,7 und 58,2 Prozent.

In Braunkohlen betrug die Vervollständigung für die Staatseisenbahn — Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 67,8 bis 80,8 Prozent, Industrie 46,9 bis 80,9 Prozent, Hausbrand 50,4 bis 74,8 Prozent.

In böhmischer Braunkohle betrug die Vervollständigung für die Staatseisenbahn — Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 0 bis 82,8 Prozent, Industrie 0 bis 82,5 Prozent, Hausbrand 0 bis 94,8 Prozent.

Der Artikel gibt dann weiter noch Aufschluss über die Förderung im sächsischen Steinkohlenbergbau, ferner über die Förderung von Kohlen aus dem Ausland und die Einfuhr böhmischer Kohlen in den Jahren 1913 bis 1920. Die letztere Zusammenfassung zeigt, daß die Einfuhr böhmischer Braunkohle herabgegangen ist von 377 961 Tonnen im Januar 1913 auf 125 954 Tonnen im Januar 1920. Wenn man die Juni-Bilanz vergleicht, so ergibt sich 406 038 Tonnen im Juni 1913 und 60 257 Tonnen im Juni 1920. Aus allen diesen Zahlen geht hervor, mit welchen Schwankungen die Kohlenausfuhr bei der Befriedigung der Ansprüche der Industrie zu kämpfen hat. Insbesondere ist es sehr unangenehm, daß die Unterschiede in den einzelnen Monaten so groß sind, weil dadurch eine getragene Disposition erschwert wird. Das neue Abkommen mit der Tschechoslowakei soll zwar bessere Kohlen bringen, dafür ist aber die Menge wiederum ganz wesentlich gekürzt worden. Der Artikel behandelt dann noch eingehend die Leistungen der Bergarbeiter und die Wirkung der verstärkten Arbeitszeit, die selbst durch stark vermehrte Einstellung neuer Arbeitskräfte nicht weit gemacht werden konnte. Auch die Frage der Einwirkung des Späer Abkommens wird in dem Artikel erörtert und festgestellt, daß auch dieses auch die sächsische Industrie unter diesem Abkommen stark zu leiden haben würde, da sie auf die Vorkriegsproduktion an Kohlen angewiesen sei. Der Artikel bringt deshalb zusammenfassend zum Ausdruck, daß mit dem Späer Abkommen neue Sorgen über die sächsische Industrie und die sächsische Bevölkerung heraufbesuchen, die auch die amtlichen Verteilungskommissionen vor schwerer Aufgabe stellen. Die Industrie müsse wesentlich mehr als bisher Kohlen aus dem Ausland verwenden und wenn irgend möglich, ihre Feuerungsanlagen für diese Verwendung umbauen. Sie müsse versuchen, sich auch mit diesen neuen schwierigen Verhältnissen abzufinden, wie sie sich jetzt mit den sich immer mehr erschwerenden Kriegsverhältnissen abgefunden habe. Dies wäre jedoch nur möglich, wenn die Bergarbeiter durch Verfahren von Überwachern die Förderung heben und wenn die Eisenbahnverwaltung ihre Transportmittel so rasch als möglich wieder auf den Friedensstand bringt.

Vom Werden und Untergang eines Bändchens.

Das Bändchen, früher ein wertvoller und kaum beachteter Gegenstand, ist infolge der teuren Preise und der Knappheit der Ware zu einer kleinen „Kostbarkeit“ geworden, und schon längst haben die Restaurants aufgehört, diese nützlichen Dinge dem Gast kostenlos in beliebiger Anzahl auf den Tisch zu stellen. Aber nicht nur im Haushalt des Einzelnen und der Familie spielen Bändchen und Bändchenschachtel heute eine große Rolle, sondern auch im Haushalt des Staates, der beträchtliche Steuererträge daraus erzielt. Das Staatsmonopol für Bändchen, das in Frankreich und Italien schon seit langem besteht, soll ja demnächst auch bei uns eingeführt werden. Soll doch nach einer ungefähren Schätzung die Menschheit nicht weniger als zwei Milliarden Bändchen täglich verbrauchen, sodaß eine Menge an Holz und Bändchenschicht im Gewicht von 200 Tonnen alljährlich auf diese Weise in Rauch und Asche aufsteigt. Angaben über die Herstellung unserer Bändchenschachtel, die in „leber Land und Meer“ gemacht werden, entnehmen wir die folgenden Tatsachen. Früher wurde hauptsächlich Eschenholz verwendet; in neuerer Zeit benutzt man auch vielfach Fichten- und Buchenholz. Die Röhre der einzelnen Schäume werden auf einer sog. Schälmaschine in lange schmale Bänder zerlegt, die die Stärke der Bändchen haben. Diese Bänder werden dann zu 50—60 Stücken übereinander geschichtet und in der Länge und der Quere durch auf- und abgehende Messer geschnitten. Eine solche Schneidmaschine liefert täglich 10—25 Millionen fertiger Bänder. Danach werden dann die Bänder in einer sehr sinnreichen komplizierten Maschine mit der nötigen Bändermasse versehen, und kommen nun zum Trocknen. Dann treten neue, sehr raffiniert konstruierte Maschinen in Tätigkeit, die die automatische Fällung der Bänder in die Schachteln vornehmen. Die Bänder werden in die Schachteln, die auf einem Tisch in langer Reihe vorbeischießen, automatisch hineingepreßt. Die Schachteln werden eben als aus geschliffenem Holz von etwa 0,7 Millimeter Stärke hergestellt, wobei die Maschine das Falten und Kleben ganz selbstständig besorgt. In Schweden, einem Hauptablieferungsland der Bändchen, gibt es Maschinen, die täglich bis 50 Millionen Bänder herstellen. Der größte Bändchenverbraucher ist der Deutsche, der durchschnittlich 12 Bändchenschachteln pro Tag verwendet, während der Belgier 9, der Engländer 8 und der Franzose nur 6 Bändchen benutzt.

Im Weg und Ziel.

Original-Roman von Margarete Wolff-Heber.
37. Fortsetzung.

Und er sah wieder den Horn von damals, und sah, wie das heiße Blut in seinen Adern brannte. Da nahm er seinen Hut ab und ließ die kühle Nachtluft an seine Stirne wehen. Und ihm war es, als wisperte in den weichen Wellen der Nacht eine seltsame Stimme: „Nicht denken, nicht denken.“

Inge wollte den Besuch der den Olmannschen Damen nicht so hell und förmlich gestalten, deshalb lehnte sie Bogen und Diener ab. Wenn man durch den Park ging, war es auch nur ein Nebenbesuch zum Apotheker hin. Leberecht war alles recht. „Wie du willst“, sagte er wieder und Inge lachte wieder über seine Armenändermine. „Das ist ja keine feste Witze. Wir halten und auch nicht lange auf“, tröstete sie.

In ihm aber stritten fortwährend sich widersprechende Gedanken. „Wenn ich um diesen Besuch herum könnte“, dachte er jetzt, und dann wieder: „Nein, es ist besser so, wenn wir in Berlin doch zusammenkommen.“ Die Sache harmlos aufzufassen ist das einzig Richtige. Und diese Bootfahrt war doch auch kein Verbrechen, sie war harmlos... Und dann war er wieder nahe daran, Inge von der Bootfahrt etwas mitzuteilen. Aber da kamen Ehen und Bestemmung und verschlossen ihm den Mund. Und schließlich dachte er, ich will abwarten, wie Fräulein Olmann sich verhält.

Seine Schweigsamkeit und Infrigidität hielten Inge schließlich auf. Sie sah ihn von der Seite her an und

Bermittlertes.

Millionen-Schmuggel mit unbedenklichen Zigaretten. Der Schmuggel mit unbedenklichen Zigaretten hat in einzelnen Städten Deutschlands einen beträchtlichen Umfang angenommen, doch viele Millionen Mark dem Reich dadurch verloren gehen. Zwischen Baden- und Württemberg leben die Bewohner einzelner Ortsteile fast ausschließlich von diesem leichtlichen Handel. In Baden bis zu 200 Personen überschreiten die Schmuggler die Grenze, wobei es häufig zu schweren Kämpfen zwischen den Schmugglern und den deutschen Zollbeamten kommt. Die Württemberger sind jedoch meist machtlos. Eine Vermehrung der Grenzschutzkräfte ist gegenwärtig unmöglich, da die Grenzbevölkerung die Abgabe von Wohnungen und den Verkauf von Lebensmittelenergie ablehnt. Gegenwärtig finden Verhandlungen statt, wie dem Schmuggel gesteuert und eine ausreichende Bewachung der Grenzen gesichert werden kann.

Schlägereien zwischen Arbeitern und Badegästen. „Scalo“ meldet aus Sanona, daß dort am 3. August eine Kundgebung gegen die Badegäste stattgefunden hat. Es kam zu einer blutigen Schlägerei zwischen Arbeitern und Badegästen, bei der zwei Personen getötet und sechs verwundet worden sind.

Wie man sich beim Gewitter verhalten soll. Bekanntlich soll der, der von einem Gewitter überfallen wird, sich nicht unter einem alleinstehenden Baum stellen, weil solche Bäume gerade Blitzableiter sind. Doch sind nicht alle Bäume gleich gefährlich, wie J. Ott auf Grund langjähriger Beobachtungen im „St. Dubertus“ ausführlich darlegt. Der Blitz bevorzugt gewisse Bäume, vornehmlich Eiche und Fichte; auch andere Nadelbäume sucht er beim so wie Buche, Linde, Kiefer und Obstbäume, aber die Buche verachtet er. „Zeit mehr als 50 Jahren“, sagt der Verfasser, „hatte ich Gelegenheit, an Hunderten von Baumstämmen verschiedenster Art Blitzeinschläge zu sehen, am häufigsten an langen Kiefern und an Eichen, dagegen ist mir nicht ein einziger Fall bekannt, daß eine elektrische Entladung in eine Buche erfolgte. Verschiedentlich wird behauptet, die Buche sei als leitendes Holz ein schlechter elektrischer Leiter; mag dies nun zutreffen oder nicht, jedenfalls liefert die Erfahrung den Beweis für die Richtigkeit des Sprichwortes: „Vor den Eichen sollst Du weichen, vor den Fichten sollst Du flüchten, doch die Buchen darfst Du suchen.“ Da man aber, wenn man von einem Gewitter überfallen wird, nicht immer gleich eine schützende Buche findet, so soll man in solcher Lage am besten einen geschlossenen Waldbestand aussuchen, dessen dichtes Gestrüpp einen Schutz vor dem niedergehenden Regen gewährt. Man halte sich aber nicht am Waldbesand auf und auch nicht direkt unter einem Stamm. Flucht ist man in das Waldtäfelchen, so ist man gegen Blitzeinschlag ebenso geschützt, wie durch den Aufenthalt in einem Gebäude; denn sollte der Blitz wirklich in den Wald niederfahren, so würde es ein großer Zufall sein, wenn unter den Hunderten oder Tausenden von Bäumen gerade der getroffen würde, in dessen Nähe man sich befindet. Der weitverbreitete Glaube, daß die Elemente des Gewitters den Blitz angesetzt, ist falsch. Wie mühte es dann um große Eisenlager, Maschinenfabriken usw. bestellt sein? Wird man in baumloser Heide oder auf freier Ebene vom Gewitter überfallen, dann ist der menschliche Körper als ein guter elektrischer Leiter und erhöhter Auffänger allerdings in direkter Gefahr, und es empfiehlt sich die Vorsicht, sich flach auf den Boden zu legen, bis die elektrischen Spannungen ausgeglichen sind. Wer aber diese Vorsichtsmaßregeln beachtet, der braucht vor dem Gewitter keine Angst zu haben.

Die russischen Kronjuwelen in England. „Evening Standard“ veröffentlicht die sensationelle Meldung, daß die russischen Kronjuwelen nach England eingeschmuggelt worden seien, wo sie von hochheimlichen „Agenten“ verkauft werden sollen. Die britischen Behörden sind über diese Angelegenheit durch eine Verhörsnotiz informiert worden, die lange in Petersburg gelebt hat und auf dem Gebiet des Juwelenshandels eine hervorragende Autorität ist. Unter dem Decknamen soll sich die Krone des Zaren und der Zarin befinden.

Ein Stahlwerk in die Luft geknallen. Die „Breslauer Zeitung“ meldet aus Ranth: Vermittels erfolgte in der dyotechnischen Abteilung des Stahlwerkes dort eine Explosion. Sämtliche Fabrikgebäude wurden in die Luft gesprengt. Die Anlagen stehen in Flammen. Von der Arbeitererschaft wurde niemand verletzt. Auch in der Stadt wurde großer Sachschaden angerichtet. Zahlreiche Fensterbrüche wurden vermerkt, viele Dächer abgedeckt.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 5. August 1920.

Meldungen der Berliner Morgenblätter. (Berlin.) Die Kurverwaltung in Schierke teilt mit, die vor einiger Zeit verbreitete Meldung über einen Güterstreik in Schierke entbehre der Begründung. Die systematische Teufelerei in der ehemaligen Provinz Posen nimmt ihren Fortgang. Die Nationalen deutschen Vereinigungen sind verhaftet und nach Brandenburg gelockt worden. Bewaffnete polnische Banden durchziehen das Land und misshandeln deutsche Bauern unter dem Vorwand, Hausdurchsuchungen nach Waffen vorzunehmen. Den Bauern werden die Pferde weggenommen. Das „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht über die Aufschreitungen der schwarzen Truppen im besetzten Gebiet furcht-

bar einschüchternde aus einem amtlichen Mitteil, daß die schwarzen Truppen begangene Notausbrechungen nicht. Die unglücklichen Opfer, meist Mädchen und junge Frauen, aber auch Knaben im schulpflichtigen Alter, wurden nicht nur in bestialischer Weise gemordet, sondern auch ihre Habe beraubt. In mehreren Fällen lebten die französischen Offiziere die Verfolgung der Täter ab mit der Begründung, die Leute seien 2/3 Jahre von Hause weg und müßten „etwas haben“.

Eine Waffenladung für Polen beschlagnahmt. (Berlin.) Auf dem Anhalter Bahnhof und auf dem Ostbahnhof in Berlin sind von Eisenbahnern Waffen und Ausstattungsgegenstände gefunden worden, die für Polen bestimmt waren. Sie sind beschlagnahmt worden. Das Seeresgerät war als harmloses Frachtgut deklariert.

Witkeraud bei Deschanel. (Paris.) Die Unterzeichnung des türkischen Friedensvertrages ist auf den 7. d. M. verschoben worden. Witkeraud besuchte gestern Deschanel und hatte eine mehr als einstündige Unterredung mit ihm über die auswärtige Lage und die zu treffenden Maßnahmen.

Die dunklere Lage Polens.

(Paris.) Die Abendpresse schildert, offenbar auf Grund von Nachrichten aus Regierungskreisen, die Lage in Polen als sehr düster. Der „Temps“ meint, die gestern eingetroffenen Nachrichten seien von einem Ernst, dem man nicht leugnen könne. Das „Journal des Debats“ sagt, man bezweifle, daß die Regierung sich in Warschau halten könne. Zwischen Paris und London werde der Meinungsäustausch fortgesetzt; es liege aber noch keine genaue Nachricht vor über die endgültige Entscheidung, die England und Frankreich treffen werden.

(London.) Die das Reutersche Bureau erzählt, ist die gestern eine Zusammenkunft zwischen Krasin und Lloyd George dem Obersten Rat noch nicht vereinbart worden. (London.) Wieder ist eine Antwort Moskows auf die letzte englische Note nicht eingegangen. Die englische Regierung hat die Aufmerksamkeit der Sowjetregierung auf diese Verögerung gelenkt, die um so behauerlicher sei, als eine Klärung der Lage bezüglich des Waffenstillstandes mit Polen dringend erwünscht sei. Die englische Regierung habe nur den einen Wunsch, in ganz Europa den Frieden wieder herzustellen.

(London.) Die „Times“ meldet aus Warschau: Die polnische Regierung ist nicht bereit mit den Bolschewiken über den Frieden zu verhandeln, wenn Frankreich und England an diesen Verhandlungen nicht teilnehmen.

(Paris.) Im Unterhaus erklärte Bonar Law, die englische Regierung habe niemals die Absicht gehabt, die deutsche oder ungarische Regierung um ihre Wiltzilfe gegen Rußland zu bitten. Mit voller Ehrlichkeit wende sich Bonar Law gegen den Abenteurer, in das Polen sich gestürzt habe. Polen allein sei für die eingetretenen Ereignisse verantwortlich. England schied auch keinerlei Waffen oder Munition nach Polen.

(Paris.) Faberewski erklärte, daß Lloyd George in Spa gegenüber dem polnischen Ministerpräsidenten Grabsky eine andere Sprache geführt habe als Bonar Law in Unterhaus. Grabsky habe in Spa die schriftliche Erklärung erhalten, daß Großbritannien Polen helfen würde und seine Existenz innerhalb der Polen zugewiesenen Grenzen gesichert werden würde. Faberewski fragt: Wer hilft uns in diesem Augenblicke. Ich kann nur sagen: Frankreich.

Internationale Sozialistenkonferenz.

(Genf.) In der gestrigen Vormittagsitzung der internationalen Sozialistenkonferenz legte die Kommission den Text einer Resolution über den Frieden und den Völkerverbund vor. Der erste Teil dieser Resolution enthält u. a. folgende Forderungen: Der internationale Sozialistenkongress stellt fest, daß der Krieg, der Europa dem wirtschaftlichen Untergang angeführt hat, mit einem Frieden abgeschlossen worden ist, der die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Herrschenheit beläßt. Der Kongress protestiert gegen jene Bestimmungen des Versailles-Vertrages, deren einseitiger Charakter für die Aufrechterhaltung eines dauernden und endgültigen Friedens ein Hindernis bildet. In gleichem Sinne protestiert der Kongress gegen die Ausfährungen des Völkervertrages in den besetzten Gebieten. Der Kongress fordert das Proletariat auf, sich seiner Aufgabe bewußt zu sein, die darin besteht, sich an die Spitze aller für die Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen zu stellen und gegen Militarismus und Imperialismus den Kampf zu führen. In den ersten Teil schließt sich die bereits bekannte Resolution an, die sich mit der Stellungnahme der Internationalen zum Völkerverbund befaßt. Die gesamte Resolution wurde einstimmig angenommen, ebenso die bekannte Resolution der englischen Delegation über die Unterdrückung der Einrichtungen, die sich mit der Wiedererrichtung befassen, und über die Bereitstellung von Geldmitteln durch die Regierungen.

In der Nachmittagsitzung wurde eine Entschließung angenommen, in der sich der Kongress auf das entschiedenste gegen den weichen Terror ausspricht, der vor allem die Existenz des österreichischen Staats gefährdet. — Die Verhandlungen des Kongresses dürften heute oder spätestens Freitag früh zu Ende gehen.

(Amsterdam.) Die „De Volks“ erfährt, beabsichtigt der internationale Gewerkschaftsbund, im Laufe des Novembers einen außerordentlichen Kongress einzuberufen, der wahrscheinlich in Brüssel abgehalten werden soll.

fragte: „Bist du nicht recht auf dem Posten. Du kommst mir gestern schon ein wenig verstimmt vor.“

„Wie? Ich. Ach wo“, stotterte er. Das Blut kochte ihm im Gesicht. Und als sie jetzt bei wunderlichen alten Bauwerk anständig wurden, presste er ihren Arm ein wenig fester an sich. „Inge“, fragte er, „wirst du auch so viel Geduld mit mir haben wie meine Mutter mit meinem Vater hat?“

„Und du mit mir?“ fragte sie zurück.

„Ja.“ Er nickte.

Sie tat desgleichen.

Nun standen sie im Flur des Apothekers, aus dem sie zwei Treppen steigen mußten. Im ersten Stockwerk wohnte der jetzige Inhaber der Apotheke, während Frau Olmann mit ihrer Tochter die zweite Etage inne hatte. Vor einer breiten, hohen Tür mit Glasfenstern zog Inge den blaugrauen Mantel an. Leberecht hielt die Wirtin bereit.

Sie mußten lange warten, ehe jemand über den Korridor kam. Dann aber stand die kleine Frau Olmann selbst da. Sie trug eine große, blaue Wirtinenschürze, auf die sie vertiegt hinunterblühte.

Leberecht brachte seine Karte weg und Inge fragte nach Frau Olmann. „Aber, wenn wir hören, hören wir sofort wieder um“, kühnte sie.

„Ach nein. Ich bitte, näher zu treten. Nur in dem Salon kann ich die Herrschaften nicht führen, da ist heute Generalreinigung.“

Mit diesen Worten öffnete Frau Olmann die Tür zu einem großen, warmen Salon, in dem sie und Inge

par erstreuzen ließ, indes sie behende entschlopfte, die Tochter herbeizurufen.

Inge ließ die Augen umherwandern, um sie schließlich im stillen, lauschigen Erkerwinkel ruhen zu lassen. Da hatten ein bequemer Sessel und ein köstlich ihre Wirtin. Unweit davon an der Wand hängte eine alte Schwarzweiberuhr. Der blaue Verpendel, von einem Sonnenstrahl getroffen, blühte bei jeder Schwingung auf und war, fastmäßig sehr reich, jetzt links ein Bündel über die in Glas und Rahmen dort hängenden Olmannschen Familienphotographen. Das machte die Bilder selbst am lebendig, namentlich das eine; dasjenige des letzten Olmanns... Dem fuhr der Lichtstrahl jedesmal über die prachtvollen großen Augen, was den Eindruck hervorrief, als spräche ein irdisches Wesen auf diesem Antlitz.

„Das da ist Fräulein Olmanns Vater“, flüsterte Inge ihrem Verlobten zu.

„Oh, ja.“ Leberecht erhob sich unruhig und betrachtete das Bild.

„Vater und Tochter haben viel Ähnlichkeit, findest du nicht auch?“ fragte Inge leise.

Er fand nicht mehr Zeit zur Antwort. Eine Tür wurde geöffnet, Fräulein Olmann und nach ihr die kleine Rima, die die Wirtin schürze abgelegt hatte, traten ein.

Aber nur ganz langsam wendete sich Leberecht Wenden von dem Bilde des unglücklichen Selbstmörders den Eintretenden zu, und während eine leise Note seine Wangen rötete, schweifte sein Blick etwas scheu und unsicher zu Fräulein Olmann hin.

Ihre Augen begegneten den seinen.

(Fortsetzung folgt.)

Beilage zum „Kieser Tageblatt“.

Notationsdruck und Verlag: Denger & Winterlich, Kiefa. Geschäftsstelle: Gochstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Kathur Schmal, Kiefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Kiefa.

Nr. 180.

Donnerstag, 5. August 1920, abends.

73. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 4. August.

Die dritte Lesung des Notenbankgesetzes

wird fortgesetzt.
Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums unter-
stützt Abg. Oberländer (Deutschn.) eine Entschädigung zu
Gunsten der Reichsnotleidenden Rentner und Pensionäre
binnen evtl. Beihilfen zu gewähren seien.
Die Entschädigung findet einstimmige Annahme.
Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums berichtigt
Arbeitsminister Brauns

eine heutige Pressenote, wonach im Ministerium Beamte
angekündigt seien, für die Kurze in Diktat und Kopfschreiben
Ratfahnen müßten. Es handelte sich um Kriegsbeschädigte
und Militäranwärter, die schon vor der Revolution bei den
Versorgungsbehörden arbeiteten und mit diesen Behörden
abgenommen wurden. Es fanden für diese Beamte beson-
dere fachliche Fortbildungskurse statt.
Beim Wehrministerium fordert

Abg. Frau Jick (Unabh.)
eine bessere Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und
Sagarettinsassen.

Abg. Fried (Unabh.)
fordert die Befestigung der Seeferge beim Meer. Die
Soldaten hätten während des Krieges das offizielle
Christentum satt bekommen.

Abg. v. Gollwisch (Deutschn.)
erhebt Einspruch dagegen, daß die Militärzeitlichen, denen
das Meer ungemein viel zu tunen hat, hier herunterge-
rissen werden.

Abg. Dr. Schreiber (Centr.)
Die Militärseeförderung hat bisher im Reichen der edelsten
Humanität gehandelt und soll darin auch für die Zukunft
bleiben.

Abg. Kocell (Dem.)
hält es für erwiesen, daß die Wehrpflicht im Kriege ihre volle
Schuldbildung getan haben.

Abg. Meitner (Unabh.)
steht im Militarismus die Schutzgarde des Kapitalismus.

Abg. D. Rumm (Deutschn.)
wendet sich erneut gegen die Herabwürdigung der Militär-
geistlichkeit. Bei den Angriffen auf das deutsche Meer und
seine Einrichtungen, die sich in Jahrhunderten bewährt
haben, muß man sich fragen: Sind wir wirklich im deut-
schen Reichstag?

Abg. Andre (Centr.)
Die Reichswehr schilt den ankündigen Arbeiter ebenso
wie den Bäcker. Die Unabhängigen sollen nicht fort-
während Wirtschaftsprüfung zu politischen Wochenschriften
machen.

Abg. Adolph Hoffmann (Unabh.)
Es wird Ihnen nicht gelassen, die Massen gegen uns
aufzumachen. Ihr ganzes Streben geht ja nur darauf aus,
sich das Paradies auf Kosten der großen Masse schon im
Diesseits zu errichten. Ich erinnere an das Wort Webers:
„Schaffen Sie in Deutschland russische Zustände, dann sind
Sie die Schuldigen, wenn wir zu russischen Mitteln greifen.“

Abg. Frau Jick (Unabh.)
Der Militarismus ist ein Gift, der Deutschland in
der ganzen Welt verhaßt gemacht hat.

Abg. Coerling (D. Sp.)
Der Abg. Adolph Hoffmann hat Neues nicht gelernt.
Adolph Hoffmann: Sie haben ja das Alte noch nicht
gegriffen! — Hinterhältig! Früher waren Sie wüthiger. Man
muß es: Der Alte wird älter. — Vielleicht auch noch ein-
mal verkündigen. Das deutsche Meer ist die gewaltigste
Organisation gewesen, die die Welt gekannt hat. Ein Volk
hat die Pflicht, sich zu behaupten, und darum muß es wahr-
haft sein. Auch ein ganzes Volk kann sich in der Notwehr be-
finden. Hätten 1914 die sozialdemokratischen Führer ge-
wagt, sich dem Kriege entgegenzustellen, sie wären von der
Volkstimme hinweggefegt worden. (Lebh. Zustimmung
rechts.) Deutschland ist in den Krieg gebracht worden durch
die Nachhut der Franzosen, durch die Mobilisation der
Russen und durch den wirtschaftlichen Reiz Englands. (Sehr
richtig! rechts.) Deutschland befand sich in der Notwehr.
Wenn wir alle nicht mehr sind, dann wird man noch fragen
und sagen, von dem, was Hindenburg und das deutsche
Meer getan haben. (Großer Beifall rechts, Lärm des
Abg. Ledebour und anderer Unabhängigen.)

Abg. D. Rumm (Deutschn.)
Am 4. August 1914, heute vor sechs Jahren, war es der
Abg. Baake, der als Führer Ihrer Fraktion die Bewilligung
der Kriegskredite aussprach. (Hört, hört! rechts.) Auch
bei Ihnen herrschte damals noch der Welt, der dem alten
Weber besetzte, als er sagte: Wenn das Vaterland in Not
ist, würde auch ich noch das Gewehr auf die Schulter neh-
men! (Unruhe der Soz.) Herr Hoffmann hat am aller-
wenigsten Anlaß, hier seine Angriffe vorzubringen, da er,
dieser ehemalige Kulturminister, für Preußen eine unmaß-
sichtliche kulturelle Schwächung bewirkt ist — (Witze des Präsi-
denten) und sich dabei sehr gut auch auf seinen eigenen finan-
ziellen Vorteil verstanden hat.

Abg. Andre (Centr.)
Sie stellen den Kapitalismus als den Feind der Arbeit-
er dar, und dann kommt Kautsky und beweist Ihnen haar-
scharf, daß die Arbeiter unter den jetzigen Verhältnissen
besser mit dem Kapitalismus als mit dem Sozialismus
fahren. (Hört, hört!)

Abg. Adolph Hoffmann (Unabh.)
verwahrt sich, nachdem fast alle Mitglieder der bürgerlichen
Parteien den Saal verlassen haben, vor dem nahezu leeren
Saale gegen die Vorwürfe des Abg. Rumm, den er einen
leeren Saal nennt. (Witze des Präsi.)

Abg. Behrens (Deutschn.)
Es ist eine Fälschung der öffentlichen Meinung, wenn
die Unabhängigen sich als die Vertreter der deutschen Arbeit-
erschaft aufspielen. Die große Mehrheit der deutschen Arbeit-
er steht nicht hinter Ihnen. (Sehr richtig!)

Beim Haushalt für Landwirtschaft und Ernährungs-
wesen spricht

Abg. Dr. Meiß (Unabh.)
über die bösen Folgen der Unterernährung, Tuberkulose
und Kindersterblichkeit haben enorm zugenommen. Es muß
alles geschehen, um eine härtere Jutur von Milch, Eiweiß
und Fett durchzusetzen.

Beim Posthaushaushalt befragt

Abg. Frau Jick (Unabh.)
die Entsetzung von militärischen Vorhülfsbeamten aus Ber-
lin, um sie durch unpolitische Leute vom Lande zu ersetzen.

Polen wird seinem Schicksal überlassen.

Eine Sicherheitswehrelinie um Polen.

In. Basel, 5. August.
In britischen offiziellen Kreisen wird für den Fall, daß
die Bolschewiken sich der Stadt Warschau bemächtigen und
dort eine Sowjetregierung errichten sollten, die Errichtung
einer Sicherheitswehrelinie um Polen herum, das vorläufig
seinem Schicksal überlassen werden würde, ins Auge gefaßt.

Beginn der Wafferruhe Donnerstag mitternacht.

„National Tribune“ meldet aus Warschau: Die pol-
nische Waffenstillstandskommission gibt der Regierung durch
Funkpruch bekannt, daß die Russen den Beginn der Wafferruhe
für Donnerstag mitternacht versprochen. Die bisherige
Frontlinie soll bis zum Abschluß der Friedensverhandlungen
unverändert bleiben.

Der Brüsseler „Soir“ meldet aus Paris: Der Moskauer
Funkdienst bestätigt, daß der große Sowjet in der Sitzung,
die den Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen zustimmt,
die Forderung nach Wiederherstellung der direkten Grenze
mit Deutschland und nach Anerkennung der Sowjetregie-
rung durch die Entente als Vorbedingung für die Friedens-
verhandlungen aufstellte. Die Wiedergabe dieser Mos-
kauer Funknachricht durch Havas und Reuter ist unter-
blieben.

Die polnischen Flüchtlinge eine Gefahr für die deutsche Bevölkerung.

In Zaldan sind 2000 Flüchtlinge aus Warschau
eingetroffen, die eine Gefahr für die deutsche Bevölkerung
darstellen, weil sie hart zu rühren sind. Es behält
dennoch die Absicht, die Grenze bei Reidenburg zu sperren.
Die alliierten Truppen sind jetzt alle noch in Reidenburg
geblieben. Der italienische Vorkämpfer hat die
deutsche Regierung gebeten, dafür zu sorgen, daß der Ab-
transport der italienischen Truppen aus dem östereichischen
Abstimmungsgebiet am 9. ds. Mts. erfolge.

Der Vormarsch der Bolschewiken.

Ein Moskauer Funkpruch übermittelt folgenden bolsche-
wistischen Deeresbericht: Wir besetzen Vornja. Zudwest-
lich von Bialystok bewegen unsere Truppen nach bestmög-
lichen dem Narokaloberung und letzten den Vormarsch
fort. Nach schweren Kämpfen nahmen wir am 1. August
Brest-Litovsk. In der Gegend von Star sind heftigste
Kämpfe im Gange, ebenso im Arim-Abchnitt in Gegend
des Stalles Koskaja (?).

Die Besetzung von Brest-Litovsk.

Der litauische Generalstab bestätigt die Nachricht von
der Besetzung Brest-Litovsk durch die Russen.

Der Angriff auf Warschau.

Das Sowjetkommando meldet, daß die Roten Truppen
am 3. August den Zug auf 100 Werst Breite überschritten
haben und in der Richtung auf Siedles vorrücken. Der An-
griff auf Warschau erfolgt jetzt in den beiden Richtungen
Dobrolenka und Siedles. Siedles liegt 85 Kilometer von
Warschau.

Vormarsch der bolschewistischen Nordarmee.

Das „Echo de Paris“ meldet: Die bolschewistische Nord-
armee, welche Mlawa erreicht, legt ihren Vormarsch gegen
die Weichsel-Linie fort. Die polnische Deeresleitung hat das
gesamte Reichsgebiet als Kriegsgefahrzone erklärt.

Die schweren polnischen Verluste.

Eine offizielle Mitteilung des Landesverteidigungsstabes
in Warschau gibt zu, daß die erste polnische Armee nahezu
aufgehört wurde. Die polnischen Verluste werden auf
über 12000 Tote, Verwundete und Gefangene beziffert.
Schwere Verluste hat auch die vierte polnische Armee erlit-
ten, die nahezu die Hälfte ihres Verbandes eingebüßt hat.

Ein Regierungsvertreter erklärt, die Volkverwaltung
stehe niemand aus politischen Gründen nach Berlin.

Der Notenschatz wird endgültig bewilligt, ebenso wird
das Notensgesetz (Entwurf) verabschiedet. Angenommen
werden ferner die zugehörigen Entschädigungen des Aus-
schusses, die aus dem Abschluß des Reichslohnstatts für die
Berufswirtschaftler notwendig werdenden Mittel und die ent-
sprechenden Ausgleichszulagen für die Beamten auszu zahlen
und die Folgerungen aus den Landesbedarfsordnungen,
soweit es angeht, auch für Reichsbeamte zu ziehen.

Der Ausschuss richtet endlich an die Regierung das Er-
suchen, mit den in Frage kommenden Ländern und Gemein-
den eine Verhandlung über den vom Reich zu tragenden
Anteil an den Belastungszulagen herbeizuführen, die im
bestehen Gebiet im Hinblick auf die damit behafteten Reichs-
beamten nun auch den Landes- und Gemeindebeamten zu-
gebilligt werden müßten.

Es folgt die Interpellation der Sozialdemokraten über
die

Arbeitslosigkeit.

Verbunden damit wird die Beratung eines Antresses der
Unabhängigen auf

Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Rörken (Soz.)
begründet die Interpellation. Sie lautet:
„Was bedeutet die Reichsregierung gegen die zunehmende
Arbeitslosigkeit zu tun? Wie gedenkt sie insbesondere in
der jetzigen Krise die Stilllegung von Betrieben zu verhin-
dern und Arbeitslosigkeit für die Arbeitslosen zu
schaffen?“

Die Arbeitslosigkeit hat ihren Grund darin, daß das
Inland keine Kaufkraft mehr hat, und daß das Ausland
nicht bei unserer Industrie bestellt. Die Zustände werden
unhaltbar infolge der hohen Lebensmittelpreise. Vor
allem müßten notwendige Kanalbauten zur Verminderung
der Arbeitslosigkeit sofort in Angriff genommen werden.
Der Ausbau der Niederrheinischer Braunkohlen könnte man
durch Kanalbauten sehr wirksam aufheben. Auch die Wohn-
bautätigkeit bedarf schleuniger verstärkter Inangriffnahme.
Eine Anrechnung der gewerkschaftlichen Erwerbslosenunter-
stützung auf die staatliche würde die Gewerkschaften zum
schärfsten Kampf herausfordern.

Schnelle Hilfeleistung für Polen.

Die letzten telegraphischen Berichte der französischen
Mission Jufferand-Beynaud bezeichnen die Lage Polens
vom militärischen Standpunkt aus als sehr ernst, da die
bolschewistischen Truppen immer weiter vorrücken. Wahr-
scheinlich wird die polnische Frage eines notwendigen Über-
trages zwischen England und Frankreich bedürfen.
In offiziellen französischen Kreisen spricht man bereits davon,
daß Lloyd George dieser Angelegenheit wegen nach Frank-
reich kommen wird. Wie verlautet, soll Sowjet-Rußland
den Verhandlungen eine sehr ungünstige Wendung gegeben
haben, so daß schnelle Hilfeleistung für Polen ins Auge
gefaßt werden müsse.

„Daily Mail“ meldet aus Paris: Frankreichs
militärische Bereitschaft für Polen ist seit
Mitwoch voriger Woche vollständig. Der Abmarsch der
Truppen verzögert sich durch das Zögern der englischen Zu-
stimmung. Die englische Außenpolitik begegnet in Frank-
reich größter Erregung, da man ihr die Schuld an einem
möglichen Zusammenbruch Polens geben wird.

Wettkämpfen.

„Echo de Paris“ spricht angesichts der polnischen Nie-
derlage die Erwartung aus, daß die Alliierten in aller Eile
Schritte unternehmen, um Polen zu Hilfe zu kommen.
Das „Petit Journal“ unterrichtet die Wichtigkeit des Be-
schlusses der Sowjetregierung, zu gleicher Zeit mit den
Waffenstillstandsverhandlungen auch die Friedensverhand-
lungen zu führen. Sie werden dadurch erleichtert, daß nicht
ein neuer Meinungsaustrausch zwischen London und Paris
stattfindet. — Der „Matin“ schreibt den Sowjets die Ver-
sicht an, nicht mit Polen verhandeln zu wollen, bevor sie
nicht Vorteile aus ihrer gegenwärtigen militärischen Lage
gezogen hätten. Die Sowjets hätten drei bevollmächtigte
Vertreter nach London entsandt, scheinen indessen die Vor-
schläge Lloyd Georges nicht einer Diskussion wert zu halten
und handeln, als ob die Alliierten niemals Erklärungen
über die polnische Angelegenheit abgegeben hätten. —
„Journal“ schreibt: Es sei das Beste, die Unterhandlungen
mit Rußland zu den Bedingungen, die russischerseits hin-
sichtlich Polens gestellt wurden, wieder aufzunehmen. Die
Alliierten hätten keine Wahl, denn ein Bruch würde den
Krieg bis zum Neujahr gegen Rußland bedeuten. Es
würde dann notwendig sein, daß Deutschland vorher ein-
gewilligt würde. Mit der deutschen Trostung im Rücken
würde man den Krieg gegen Rußland nicht beginnen. Das
Blatt berichtet dann, daß über die erwähnten Punkte ein
Gedankenaustausch zwischen London und Paris stattgefunden.

Die Zusammenkunft

Millerand, Lloyd George und Giolitti.

Millerand, Lloyd George und Giolitti werden voraus-
sichtlich am 19. August in Luzern zusammentreffen. Es
verlautet sogar, daß die Zusammenkunft der neuesten Ge-
eignisse wegen früher abgehalten wird. Dieser Tage sagte
der französische Ministerpräsident: Innerhalb eines aus-
sichtlich nach Wien gerichtet sein. Die Bolschewiken wer-
den nur die Einnahme von Warschau ab, um vom Frieden
zu sprechen. Lloyd George arbeitet mit allen Kräften auf
den Londoner Konvent hin, der einen definitiven Frieden
zustande bringen soll. — Eine andere Pariser Meldung
bezieht: Die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Giolitti
wird in Lausanne stattfinden. Man hält eine Klarstellung
der Haltung der Entente in Anbetracht der neuen Wendung
in der polnischen Frage für unbedingt notwendig. Da die
Bolschewiken mit den Polen direkt Frieden schließen wol-
len, sieht man den Plan der Londoner Konferenz als von
vorneherein gescheitert an. In der Presse wurden Stim-
men laut, die nach dem Zweck der Anwesenheit Samenhens
und Arassins in London fragen.

Die Londoner Konferenz aufgehoben.

Die englische Regierung hat der bolschewistischen Re-
gierung mitgeteilt, daß angesichts der Tatsache, daß Ruß-
land mit Polen nicht allein Waffenstillstands-, sondern
auch Friedensverhandlungen einzuleiten verlange, der Plan
der Londoner Konferenz aufgegeben werden müsse.

Reichsarbeitsminister Brauns:

Die starke Arbeitslosigkeit ist ein Ausfluß unserer überaus
schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage. In der Schuh-
industrie macht sich jetzt eine leichte Besserung geltend.
Mit einer sehr langen Dauer der Krise braucht man nicht
unbedingt zu rechnen, weil der Bedarf an den meisten
Gütern immer noch viel größer ist als der Vorrat. Im
Ausbau der Arbeitsvermittlung wird mit allen Kräften
gearbeitet; ein Reichsgesetz über Arbeitsnachweis ist im
Entwurf fertig. In der Landwirtschaft bedürfen wir einer
Vermehrung der Arbeitskräfte. Zur Beseitigung der
Wohnungsnot, vor allem im Ruhrgebiet, soll geschaffen, was
möglich ist. Die Zulassung ausländischer Arbeiter wird
von der Zustimmung des Arbeitsnachweises abhängig
gemacht werden. Ueberstunden sollen möglichst nur noch
die unerfahrenen Arbeiterkategorien leisten. Mit Not-
standsarbeiten wurden 1919 über 330000 Arbeiter
beschäftigt, wozu das Reich 470 Millionen Mark hergab.
Wir haben Straßenbauten, Kanalbauten und Meliorationen
in Angriff genommen. Die Regierung sucht mehr und
mehr Arbeitslose zu produktiver Tätigkeit heranzuziehen.
Ganz zu entbehren wird die Erwerbslosenfürsorge sobald
nicht sein, sie wird auch neben der Versicherung gegen
Arbeitslosigkeit notwendig bleiben. Wir werden zu dieser
Versicherung möglichst bald zu kommen suchen. Das Reich
und die Länder haben bisher an Arbeitslosenunterstützung
1400 Millionen Mark ausgezahlt (hört, hört! rechts). Sehr
richtig ist es, daß die Unterstützung künftig weglassen muß,
wenn ein Arbeitsloser ihm nachgewiesene geeignete Arbeit
nicht annimmt, und daß die Gemeindefürsorgeunterstützung
in Anrechnung kommen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
müssen auch die Arbeitgeber und der Handel das ihrige tun.
Nationales Wohlgefühl erleuchtet Opfer der Privatwirt-
schaft für die Volkswirtschaft. Jeder Streik ist jetzt die
Wurzel neuer Arbeitslosigkeit. Nur im äußersten Notfall
sollte der Arbeiter zu diesem Mittel greifen. Mit
allseitigem guten Willen werden wir auch über die jetzige
Krise hinwegkommen (Beifall).

Abg. Zihmann (Soz.)

Begründet den Antrag keiner Partei. Viernach sollen für
Erwerbslosenunterstützungen auf das unter Mitwirkung
der Gewerkschaften jeweilig festzusetzende Minimum
erhöht und ohne Rücksicht auf die Dauer der Erwerbslosig-
keit gezahlt werden. Die höheren Sätze sollen rückwirkend

bis 1. März 1920 gelten und für Männer und Frauen gleich sein. Ein Arbeitsvertrag soll nicht ausgedrückt werden dürfen. Entlassung von Arbeitern und Angestellten, ferner die Stilllegung von Betrieben ist zu verhindern. Alle Maßnahmen, die den Produktionsprozess beeinflussen, sind der Kontrolle und dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften zu unterstellen. Die Kurzarbeiter sollen eine ihrem Verdienstentsprechende Unterstützung erhalten. — Unsere Forderungen bedürfen endlich der Erfüllung. Bei den jetzigen Unterstützungsmaßnahmen müssen die Erwerbslosen verbürgern.

Auf Antrag des Abg. Müller-Franken (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Darauf werden die Verhandlungen abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr: dritte Lesung des Entwurfsgesetzes, Besprechung der Arbeitsloseninterpellation.

Schluss der Sitzung 8 Uhr.

Rundgebungen gegen das Entwurfsgesetz.

Den „A. N. R.“ wird aus Berlin gemeldet: Die Unabhängigen und Kommunisten hatten gestern nachmittags ihre Anhänger, wie angekündigt, zu einer Protestkundgebung gegen das Entwurfsgesetz nach dem Lustgarten berufen. Die Sicherheitspolizei hatte umfangreiche Maßnahmen getroffen, um Zwischenfälle zu vermeiden. Wie bisher war der Baumkreis des Reichstages in weitem Umfang abesperrt. Man hatte sogar das Holische Tor besetzt und die dort einströmenden Demonstrationsmengen abgelenkt. Am Lustgarten hatten sich etwa 2500 Personen eingefunden. Die unabhängigen Redner sprachen von der Freitreppe des Domes, während die Kommunisten die Museumtreppe besetzt hatten. In der Menge sah man zahlreiche Schilder mit Parolen wie „Nieder mit dem Entwurfsgesetz! Wir protestieren gegen das Entwurfsgesetz!“ Eine Gruppe von Bauarbeitern trug eine Tafel mit der Aufschrift „Mittel Euch!“ Der kommunistische Führer Plek protestierte leidenschaftlich gegen das Entwurfsgesetz. Die Gegenrevolution habe so die beste Handhabe, um jederzeit den Ausnahmezustand zu proklamieren. Niemals werde die bürgerliche Regierung im Ernst daran denken, die Bourgeoisie zu entlassen. Man wolle lediglich das Proletariat knebeln, um es dann bequemer anzufassen zu können. Es sei lächerlich, davon zu sprechen, dass die Arbeiterschaft noch Waffen besitze. Lediglich im Rheinland und in Westfalen würden sich noch einige Schießpulver in den Händen der Proletarier befinden. Gehört auf Räterustand, das heißt den Rattenhund der Entente auf die Antie gezwungen habe, werde das deutsche Proletariat unüberwindlich sein, und es werde die Weltrevolution mit verbreiten helfen. Der Redner schloß mit einem Hoch auf das heilige Räterustand. Ein Redner der kommunistischen Arbeiterpartei erklärte, dass man sich nicht mit Protesten gegen das Entwurfsgesetz begnügen dürfe. Die Arbeiterschaft müsse nicht nur ihre Waffen behalten, sie müsse vielmehr das Bürgergeld entwaffnen und durch Enteignung der Betriebe den Kapitalismus an der Wurzel treffen. Von der Domschloßterrasse sprach der unabhängige Reichstagsabgeordnete Dr. Rosenfeld. Er wandte sich an die Massen mit der Frage: Sied für für das Entwurfsgesetz? Ein fürchterliches Nein war die Antwort. Rosenfeld führte dann aus, dass der Hinweis auf den Versailles Vertrag und das Abkommen von Spa die Einbringung einer solchen Anstaltsvorlage nicht rechtfertige. Zur Entwaffnung hätten die bürgerlichen Geister genügt, und man habe den Friedensvertrag nur zum Vorwand angenommen, um die Arbeiterschaft niederzudrücken. Dem weisen Schreden des Bürgergelds müsse die Diktatur des Proletariats entgegengekehrt werden. Die Rundgebung löste sich ohne Auseinandersetzungen auf.

Selbstschutz „Ehrem Ehrerich“.

Wie der „Vorwärts“ aus Hannover meldet, wendet sich der Oberpräsident Moske gegen die in letzter Zeit in der Provinz gemachten Versuche, für einen sogenannten Selbstschutz „Ehrem Ehrerich“ zu werden, der als Ersatz für die aufgelöste Einwohnerwehr dienen sollte. Er erklärt, jeder solchen Betätigung mit rücksichtsloser Entschlossenheit entgegen treten zu wollen.

Waffenlager in Jüterbog.

Der „Vorwärts“ teilt mit: In Jüterbog ist ein großes Waffenlager aus Maschinenwaffen, Gewehren und Munitionsvorräten entdeckt worden und zwar von deutschen Offizieren angelegt, die sich jetzt in russischen Diensten befinden.

Zerkürte Geschickautomobile.

Aus Stuttgart wird gemeldet: Drei Geschickautomobile neuerer Bauart sollten vorgestern nachmittags in den Daimlerwerken verladen und der Reichswehr in Ulm ausgeführt werden. Spontankräfte Arbeiter haben die Geschickswagen wieder ab und zerkürten sie. Die Arbeiter zogen sich dabei erhebliche Verletzungen zu.

Die Bedrohung Oesterreichs durch Ungarn.

Aus Wien wird gemeldet: Staatssekretär Renner empfing gestern nachmittags die Gesandten der Hauptmächte, um ihnen die durch den Einfall in Fürstentum und durch die Werbetätigkeit der Legion in Bala Egereseg geschaffene Lage darzulegen. Renner sagte: Obwohl Deutsch-Ungarn durch den rechtswidrigen Friedensschluss von St. Germain Oesterreich zueinander ist, hat die österreichische Regierung mit Rücksicht auf die allgemeine Unsicherheit in Mitteleuropa und auf die künftigen dauernden Beziehungen zu Ungarn jeden gewalttätigen Schritt unterlassen. Sie hat damit bezeugt, dass sie die friedlichen Beziehungen unter allen Umständen aufrechterhalten will. Trotzdem hören die Bedrohungen Oesterreichs auf ungarischer Seite nicht auf. Oesterreich muß den Schutz der alliierten Mächte finden, da ihm der Friedensvertrag eine wertvolle Selbsthilfe unmöglich macht. Der Staatssekretär erklärte die Gesandten, ihre Regierungen davon zu unterrichten, daß dieser Zustand fortwährender Bedrohlichkeit die innere Bereinigung Oesterreichs hemme und gefährde. Der Staatssekretär gab sodann weitere Ausführungen über das Kopenhagener Übereinkommen, betreffend die Rückkehr der Kriegsgefangenen, und verwies auf die politischen Erschütterungen im Osten Europas. Oesterreich wünsche von diesen Ereignissen zunächst unberührt zu bleiben und wolle Neutralität aufrechterhalten. Die Vertreter der Hauptmächte erörterten mit dem Staatssekretär die von ihm zur Sprache gebrachten Fragen eingehend und erklärten sich bereit, an ihre Regierungen wie an die Sozialistenkonferenz in Paris zu berichten.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht die Antwort des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam auf den vorerzählten Appell der Gewerkschaftskommission Deutsch-Oesterreichs, in der es heißt: Wir unterstützen den Reichsrat der österreichischen Kameraden aus dringlichsten und haben die uns angebotenen Landes-Gewerkschaftskommissionen in Frankreich, England und Italien veranlaßt, sofort bei ihren Regierungen vorstellung zu machen und alle Mittel anzuwenden, damit das österreichische Volk vor neuem Völkergeschick werde.

Krafft über Räterustand.

Der seiner Abreise nach England machte Volkskommunist Krafft einem Vertreter des „Völkern Da-

bladet“ eine Reihe bemerkenswerter Bemerkungen. Er beurteilte die bevorstehenden Londoner Verhandlungen äußerst kritisch. Mit Deutschland erhoffe er die Anbahnung eines baldigen lebhaften Warenaustausches. Eine unabweisbare Bedingung des russisch-polnischen Friedensschlusses werde der freie deutsch-russische Handel über Polen bilden. Gegen die Erneuerung und Verstärkung des polnischen Meeres werde Russland in den Wassenstillstandsverhandlungen volle Sicherheit verlangen. In dem Roten Meer befinden sich einige französische und ungarische Offiziere; die Ausweisung derselben müsse er selber abtreten. Das wichtigste Ereignis der bolschewistischen Kriegszeit sei fraglos die Eroberung der Baltischen Ostseeländer; der größte Teil Südrußlands trage davon die Früchte. Die neue russische Ernte sei infolge der Trockenheit unter mittel, jedoch ständen infolge der bisher schwierigen, jetzt aber etwas gebesserten Verkehrsverhältnisse bedeutende Reserven aus früheren Jahren zur Verfügung. Von dem Stockholmer russischen Goldbesitz erwähnte Krafft, daß bereits bedeutende Auszahlungen erfolgt seien.

Tagesgeschichte.

Freiwilliges Heer.

Luftpostverkehr Walmö-Warnemünde. Die schwedische General-Postdirektion hat die schwedische Regierung um die Ermächtigung zu einem Ueberkommen mit der deutschen Postverwaltung betreffend Einrichtung eines Luftpostverkehrs Walmö-Warnemünde gebeten. Die morgens von Walmö abgehende Flugpost würde dann um 1 Uhr mittags in Berlin eintreffen. Auch eingeschriebene Briefe können damit befördert werden. Für die Luftpostbeförderung werden besondere Gebühren erhoben. Dieser Luftpostverkehr, der beginnen wird, sobald die schwedische Regierung ihre Genehmigung erteilt hat, soll mit deutschen Flugzeugen ausgeführt werden.

Abbau der Vöhrne in Aiel. Der Zustand der Handels- und Transportarbeiter ist bedauerlich. Die Arbeiter haben sich damit einverstanden erklärt, daß vom 25. August an ein Abbau der Vöhrne erfolgt, wie es die Arbeitgeber verlangen. Gleichzeitig sollen aber auch Verhandlungen eingeleitet, um einen Abbau der Preise einzuleiten.

Der Schultreiter in Düsseldorf. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Düsseldorf meldet, hat der bereits angeführte Schultreiter der zu einem Verbanne zusammengeflohenen freigeistlichen Vereine vorgekündigt. Die Kinder sollen solange aus der konfessionellen Schule zurückgehalten werden, bis die den Disidentenkindern vom Kulturmünster verordneten Uebergangsschulen in Angriff genommen worden sind.

Die Extratouren Bayerns. Der bayerische Ministerpräsident von Kahr, der sich augenblicklich in Berlin aufhält, erklärte einem Vertreter der „Voss. Zeitung“, ihm sei nichts bekannt, daß andere Länder ebenso wie Frankreich in München eine Sondergesandtschaft errichten wollten. England sei in München bisher nur durch seinen Konsul vertreten. Einem Redaktionsmitgliede der „Deutschen Allgemeine Zeitung“ erklärte er, die Meldung des „Temps“, daß einflußreiche Kreise Bayern ein Großbayern schaffen wollten, das auch die Rheinlande und Oesterreich umfasse, ist falsch.

Die Bauernschaft des besetzten Gebietes liefert kein Getreide. Mit der Bewirtschaftung des Besetzten Gebietes hat sich der Gesamtverband der freien Bauernschaft der Pfalz, des Saarlandes und Rheinlands befaßt. Als Ergebnis wurde eine Rundgebung an die Landwirtschaft zur Jurisdiktion des Brotgetreides erlassen, dahingehend, daß weder gedroschen noch abgefleiert werden soll, bis durch die Regierung der Getreideverfassungsschlag für das besetzte Gebiet festgelegt ist.

Schwedisch-dänisch-deutscher Luftverkehr. Die Verhandlungen zwischen den schwedischen, dänischen und deutschen Luftverkehrsgesellschaften haben gestern ihren Abschluß gefunden. Die Fahrpreisbestimmungen sowie die Ankunfts- und Abfahrtszeiten werden demnächst bekanntgegeben.

Der Reichswehrminister beim Grenzschutz. Zur Besichtigung der in Raitenburg zum Schutze der Grenze zusammengezogenen Truppen wird Reichswehrminister Geßler heute in Raitenburg eintreffen.

Der erste Kohlentransport für Frankreich. Der erste Kohlentransport aus dem Ruhrgebiet in Durchführung des Abkommens von Spa ist am Dienstag in Creil eingetroffen.

Betriebsräte-Organisation. In einer gestern in Berlin von den Betriebsräten der S. W. D. abgehaltenen Versammlung wurde unter Ablehnung einer Einheitsorganisation der Betriebsräte, welche die Gleichberechtigung unorganisierten, gelber und aller der freien Gewerkschaften bekämpfenden Elemente vorlag, der Beschluß gefaßt, sofort mit der Afa in Verhandlung zu treten zwecks Zusammenschlusses aller auf dem Boden des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa stehenden Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte.

Entlassung von Arbeitern. Aus Mannheim erfährt das „Verl. Ztbl.“, daß die Firma Lang 650 Arbeitern und 150 Angestellten entlassen habe, weil die Verhandlungen über den Wiederaufbau Nordrheinlands ins Stocken geraten seien. Bei der Firma Karl Heiß in Jena seien ebenfalls Betriebsbeschränkungen im Gange.

Ein Luftschiffdienst zwischen Amerika und Deutschland? „New York Herald“ meldet: Der Direktor der Deutschen Zeppelinfabrik ist von New-York nach Deutschland zurückgekehrt. Er hat sich dahin ausgesprochen, daß in Kürze ein Luftschiffdienst zwischen Amerika und Deutschland eingerichtet werde. Die Zeppeline werden 500 Passagiere auf einer Fahrt von 48 Stunden nach Amerika befördern.

Rußland.

Kongress weiblicher Kommunisten. In Moskau wurde der erste internationale Kongress weiblicher Kommunisten eröffnet, der von Vertreterinnen Schwedens, Deutschlands, Englands und Rußlands besucht ist.

Türkei.

Griechische Schiffe in Kleinasien. Reuter meldet: Der griechische Bericht meldet u. a.: Bei Demirchi in Kleinasien wurde ein 24stündiger Bergweiskampfstamp ausgefochten. Die Griechen mußten sich schließlich zurückziehen. **Arabien am Cupprat.** Das englische Kriegsamt teilt mit: Die Araber am unteren Cupprat dauern an. Die Eisenbahnlinie nach Bagdad wurde an mehreren Stellen zerstört. In dessen hat im Gebiete von Hila eine organisierte Erhebung stattgefunden. Eine starke Aufklärungsabteilung in Hila wurde am 24. Juli angegriffen, konnte sich jedoch den Rückzug freimachen.

Amerika.

Regierungskongress. Die New-Yorker Blätter melden aus New-York unter dem 3. August: Am 2. d. M. wurde der Kongress zur Besprechung der Lage der schwarzen Rasse eröffnet. Bei der ersten Sitzung waren 20 000 Regier zugegen. **Verurteilte Kommunisten.** Die „Times“ meldet aus New-York: Nach beinahe dreimonatiger Dauer ist der gegen 20 Mitglieder der amerikanischen kommunistischen Arbeiterpartei geführte Prozeß beendet worden. William-Droh-Lloyd aus Chicago, der rote Millionär, und seine Gefährten, wurden sämtlich befunden, an einer Verleumdung gegen die Regierung teilgenommen zu haben. Das Urteil gegen Lloyd lautet auf 5 Jahre Gefängnis und 5000 Doll. Geldbuße.

Internationaler Bergarbeiterkongress.

Wie schon gestern gemeldet, hat der Kongress einstimmig die von der englischen Delegation vorgeschlagene Entschickung angenommen, die für die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke einzutritt. Ueber die der Annahme vorausgegangene Aussprache wird berichtet: Der Generalsekretär Dodge begründete den englischen Antrag und erklärte, daß die englische Forderung auf Nationalisierung der Bergwerke identisch sei mit den deutschen Wünschen auf Sozialisierung der Bergwerke. Im Buch (Deutschland), von der englischen Delegation lebhaft begrüßt, erklärte, daß der englische Vorschlag auf Nationalisierung der Bergwerke bei den Deutschen großen Beifall finde. Bei der Sozialisierung müsse die Einseitigkeit der Bourgeoisie und des Kapitalismus ausgeschaltet werden durch Beteiligung der Arbeiter an der Leitung und Verwaltung. Die Deutschen hätten Aussicht, dieses Ziel bald zu erreichen. Sie wünschten, daß die Bergarbeiter der anderen Länder ihnen auf diesem Gebiete energisch folgten. C. H. L. (Litho) erklärte, die Tschechoslowaken lehnten die Verstaatlichung ab, dagegen wünschten sie die Sozialisierung der Bergwerke. Sie glaubten nicht, daß die Forderung der Deutschen auf Einführung eines internationalen Kohlenrates sich durchführen lasse, bevor die Sozialisierung der Bergwerke in den einzelnen Ländern durchgeführt sei und damit eine internationale Verteilung der Kohlenproduktion. In der Nachmittagsitzung erklärte der amerikanische Delegierte Dodge, die Amerikaner könnten nicht zugeben, daß Bergwerke dem Staat unterstellt und von ihm ausbeutet würden. Die Erfahrungen in Amerika während des Krieges ermittelten nicht zur Nationalisierung. Lombard (Belgien) betonte, daß mit der Forderung auf Sozialisierung erklärt werden müsse, daß die Bergwerke nur gegen eine Entschickung an die bisherigen Besitzer in den Besitz der Volksgemeinschaft übergehen könnten. Präsident S. G. H. schlug vor, eine Abstimmung darüber vorzunehmen, ob der Kongress die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke verlange. Dodge (England) empfahl gleichfalls eine grundsätzliche Abstimmung. Bartuel (Frankreich) erklärte, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Nationalisierung oder Sozialisierung nicht erreicht sei, müsse das internationale Komitee eine energische Aktion anordnen. Der englische Delegierte Smithie warnte davor, schon jetzt ein bestimmtes Aktionsprogramm zu beschließen. Abgeordneter Dub vertrat einen ähnlichen Standpunkt. Hierauf wurde der schon mitgeteilte englische Antrag angenommen.

mit. Wenig, 4. August.

Der Internationale Bergarbeiterkongress hat heute vormittag die Aussprache über Lebensbedingungen und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern fortgesetzt. Dabei lagte der südafrikanische Delegierte G. H. G. darüber, daß die Belgrader Regierung anscheinend beabsichtigt, die Arbeitszeit zu verlängern und gleichzeitig die Löhne abzubauen. Man habe die Bergarbeiter schon aufgefressen, von sich aus die Löhne herabzusetzen. Demgegenüber wies der belgische Delegierte Delcotte auf die Lage der belgischen Bergarbeiter hin, die sich bedeutend verbessert habe. Payer (Ungarn) sprach über die Kohlenversorgung seines Landes und betonte, daß die Bergwerke mit ihren 25 000 Arbeitern den Kohlenbedarf ihres eigenen Landes bei weitem nicht decken könnten.

Der ungarische Delegierte Payer forderte noch zu tätkräftigem Auftreten gegen den weißen Terror in Ungarn auf. Die Arbeiter, die wohl in großer Mehrheit gegen die Rätebildung gewesen seien, befänden sich jetzt zu Hunderttausenden in Internierungslagern und Gefängnissen. Von demokratischem Erben, von Presse- und Redefreiheit könne in Ungarn keine Rede sein. Die Regierung wolle die Arbeitszeit auf 12 Stunden verlängern und die Löhne abbauen. Er rufe die Internationale zum Kampf gegen den weißen Terror auf. Der französische Delegierte Bartuel kam nochmals auf die Forderung der deutschen Delegation, die Arbeitszeit auf sechs Stunden herabzusetzen, zurück, und betonte, daß die Forderung für die französische Bergarbeiter unannehmbar sei. Der Vorschlag, diese Frage als Sonderfrage zu behandeln, wurde vom Generalsekretär Dodge unterstellt. Sodann verlagte sich die Konferenz auf Mittwoch vormittag.

Mein treuer Mann, mach' dir keine Sorgen, auf deinen Namen wird mir niemand einen Pfennig borgen.

Frau Werkmeister **Elisabeth Koulertz, Gröba.**

Vorzemmonate mit größtem Inhalt und Brotmarken auf dem Wege von Neu-Weiba bis Wuppig verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben. Wollschmiede Hiesl.

Ein hartes belgisches **Abfahrtskloß** zu verkaufen Poststr. Nr. 9.

Güter und Wirtschaften jeder Größe, Gärten, Wälder, sowie andere Geschäfte, und Immobilien werden durch **R. Haferkorn, Kommissionsgeschäft,** Krausa 5, Eiferwerda, Fernspr. Eiferwerda 344.

Suche zu kaufen Sammlung, sowie **Sachien 3 Pf. rot** lose oder auf Beleg. Auch schöne Sammlung. **Christ. Sonderström, Dänemark.** Off. erb. unter P. 3885 an Kle-Postamt & Vogler, Dresden.

Klee und Wiesenheu kauft jeden Vorken **Hermann Hesch, Kleinbaulich bei Döbeln** Fernruf Amt Döbeln Nr. 262.

Robkohle, gesticht markenfrei, zu haben bei **H. G. Berling & Co. Tel. 130.**

Buttermarken verlor. Bitte abh. Wismarstr. 45. Ritter.

Lüchtlins, lauberes **Hausmädchen** bei gutem Lohn zum 15. August gesucht. Thüringer Hof, Gröba.

Suche Landwirtschaft oder Gut zu kaufen. Offerten unter M C 6374 an das Tagblatt Hiesl.

Junge raffereine Forterried schon geseiht, sind zu verk. **Walthaus Döhl b. Stauchh.** Einen Jiegenbock, 10w. kleine Kaninchen, auch n. Hühner, verkauft **Hundteil 2.**